
**Rechtsextremismus
und
Ausländerfeindlichkeit**

– Stichworte –

Arbeiterwohlfahrt
Bundesverband e. V.



Bonn, 1989

AW I ~~668/80~~
692/80

*„So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“*

*Bert Brecht
(Epilog zum Schauspiel „Der aufhaltsame Aufstieg der Arturo Ui“)*

Herausgeber:
Arbeiterwohlfahrt
Bundesverband e. V.

Verfasser:
Eberhard de Haan

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Überblick	5
Einleitung	7
Wahlen und Analysen	
Berlin – Schock – aber keine Therapie (Ergebnisse)	8
Berlin – Das Chaos findet nicht statt (Senatsbildung)	9
Hessen – Der mißglückte Überholversuch	13
Analyse – Wer wählt rechtsextremistisch	14
CDU/CSU – Die Flucht aus dem Lager	15
Strategiediskussion – Die Flügel flattern lassen	17
Die Welt von gestern	
Schönhuber – der Mann, der nicht dabei war	24
Republikaner gegen Europa – der Kampf um die Stammtische	27
Liste D (NPD/DVU) – ein Verleger beschloß Politiker zu werden	28
Koalition in Schwarz-Braun – die Vergangenheit vergeht nicht	31
Ende der Umerziehung – die Deutschen werden Deutsche	34
Verweigerung sozialer Ansprüche – Republikaner und Arbeitnehmer	36
Antisemitismus – Herkunft erklärt alles	39
Der Balken im Auge des Anderen – Schönhuber und Dr. Frey	40
Fremdenfeindschaft	
Fremdenhaß 1919–1933 – Damals siegten die Extremisten –	41
Fremdenhaß 1973–1988 – Die Extremisten rüsten auf –	43
Fremdenhaß 1989 – Variationen der DVU –	45
Fremdenhaß 1989 – Land der Deutschen – Hausverbot für Gäste	46
Begriffe als Waffen	
Mißbrauch des Asylrechts – falsche Schlüsse und falsche Zahlen	48
Politische Kultur – Toleranz ist nicht teilbar	50
Visumzwang – die Reisefreiheit der Weißen und Reichen	51
Multikulturelle Gesellschaft – Wortklauberei oder mehr?	53
Überbevölkerung – der Alptraum vom Volk ohne Raum	56
Rechtsradikalismus und Nation – Drogenhandel mit Geschichte	57
Doch Einwanderungsland – Schäuble als Querdenker	60
Finanzierung – Jede Menge Geld	62

Überblick

Zwei rechtsextremistische Parteien, Republikaner und NPD/DVU, haben den Fremdenhaß erfolgreich zum Leitthema ihrer Wahlkämpfe gemacht.

Wahlgänge 1989/1990 ermöglichen es ihnen, bis zur Bundestagswahl eine stimmungsbetonte, fremdenfeindliche Kampagne durchzuhalten. Zu befürchten ist, daß sie so in weiteren Parlamenten vertreten sein werden und damit die bestehenden Mehrheiten nachhaltig verändern. Das Parteiengesetz sichert die problemlose Finanzierung der Kampagnen zu.

Die Wahlanalysen machen deutlich, daß es den Rechtsextremisten gelungen ist, soziale Defizite und Zukunftsangst in ein fremdenfeindliches Protestpotential umzuwandeln. Die Auflösung dieses Protestpotentials durch Reformen der Sozial- und Europa-Politik wird kurzfristig nicht wahlwirksam möglich sein.

Der Rechtsextremismus bedroht nicht die formalen Funktionen der Parlamente, er zersetzt ihre Substanz. Sein Fremdenhaß ist Krankheit, die sich als Therapie ausgift. Er verstärkt und legitimiert Aggressionen, die sich gegen **jede** Zuwanderung in die Bundesrepublik entladen:

- Gegen politische Flüchtlinge
- Gegen niedergelassene ausländische Arbeitnehmer
- Gegen deutschstämmige Spätaussiedler

Der Versuch, die Rechtsextremisten durch teilweise Übernahme ihrer Agitation niederzuhalten, ist gefährlich und erfolglos.

Eine Verdrängungskonkurrenz in seinem Politikfeld, dem Fremdenhaß, verschafft ihm einen zusätzlichen Gewinn an Seriosität. Damit werden ihm Stimmen zugetrieben, nicht entzogen.

Der Versuch, auch die Grünen als Extremisten auszugrenzen, bewertet den konservativen Machterhalt höher als die Verteidigung der demokratischen Strukturen.

Die aktuelle Situation erfordert den vorbehaltlosen Konsens der demokratischen Parteien über die Grundlinien einer Integrationspolitik.

Diese Integrationspolitik muß beides umfassen: Die Integration der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik, aber auch die Integration der Bundesrepublik als Minderheit im größeren Europa.

Dadurch wird Fremdenfeindlichkeit als Rechtsextremismus ausgegrenzt. Seine zukunfts-widrige Konzeptionslosigkeit wird deutlich und widerlegbar.

In diesen Konsens können und sollen die nationalen Minderheiten eingeschlossen werden.

Mehrheit und Minderheit verteidigen im demokratischen Sozialstaat ihre gemeinsame Lebensgrundlage.

In Berlin und Hessen haben nicht nur die Rechtsextremisten Stimmen gewonnen. Auch SPD und Grüne, die sich dem Fremdenhaß deutlich verweigert haben, konnten Stimmen gewinnen.

Wird diese Erfahrung verwertet, könnte die rechtsextremistische Erfolgsserie zur Klärung beitragen. Der gesellschaftspolitische Stillstand seit 1982 hat den Erfolg der Rechtsextremisten erst möglich gemacht, wenn nicht sogar verursacht.

Die marginalen Ansätze in der Ausländerpolitik stehen in einem grotesken Mißverhältnis zur beschworenen Gefahr der sogenannten Überflutung durch Flüchtlinge und neuerdings sogar durch Spätaussiedler. Damit hat die Bundesregierung Zweifel an ihrer Handlungsfähigkeit genährt, die sich dann in verlorenen Wahlen ausdrücken.

Einleitung

Die Zuwanderung von politischen Flüchtlingen, Ausländern und Spätaussiedlern wird seit den Wahlen in Berlin und Hessen diskutiert, als ob ein nationaler Notstand eingetreten sei.

Nicht als Notstand, aber doch als Gefährdung der demokratischen Situation erscheint es dagegen, wenn rechtsextremistische Parteien in die Parlamente eindringen.

Die Rechtsextremisten haben das Ausländerthema als wichtigen Energieschub ihrer Agitation über Jahre getestet und in diesem Jahr erfolgreich eingesetzt.

Es fehlt nicht an Menschen, die wissen, daß der politische Weg der Rechtsextremisten in eine Sackgasse führen wird. Aber zuviele demokratische Berufspolitiker starten zu Überholmanövern in eben dieser Sackgasse.

Eine demokratische Abwehrstrategie muß das Problemverständnis der Wähler fördern und seine klaffenden Informationslücken schließen.

Die versimpelte Banalität der rechtsextremistischen Parolen wird im Stichwortkatalog dargestellt. Damit können Menschen erreicht werden, die sich der emotionalen Mobilisierung entziehen wollen und zu eigenständiger Beurteilung der Situation entschlossen sind.

Weiterhin notwendig bleibt es, eine Gegenstrategie der demokratischen Parteien zu formulieren, die den Vertrauensverlust ausgleicht, den letztlich die Demokratie erlitten hat.

Stichwort: Wahl in Berlin

Schock – aber keine Therapie

Bei der Wahl am 29.01.1989 gewannen die nahezu unbekanntenen Republikaner 7,5% der Stimmen, ohne Wahlkampf und mit weithin unbekanntenen Kandidaten.

Die regierende Koalition CDU/FDP verlor 13,2%, von denen jedoch nur 4,9% der SPD und 1,2% der AL zufließen.

Das Ergebnis der Republikaner ist beunruhigend, weil 85% ihrer Wähler das „Ausländerproblem“ als Motiv ihrer Entscheidung angaben und überdurchschnittlich viele Erst- und Jungwähler für sie stimmten.

Wahlalter: über 60 4,6 %
18–23 14,3 %

Diese Wahl hat das innenpolitische Klima der Bundesrepublik umschwingen lassen.

Ähnliche Verluste der CDU könnten die bisherige Regierungsmehrheit fortlaufend in Frage stellen, da nach Berlin bis zur Bundestagswahl im November 1990 noch die Europa-Wahl, sechs Kommunal- und vier Landtagswahlen bevorstehen.

Mit dem Erfolg der Republikaner sind fremdenfeindliche Stimmungen parlamentarisch legitimiert worden, die sich bisher nur in radikalen Splittergruppen ausgedrückt haben. Diese Stimmungen richten sich offen gegen politische Flüchtlinge und niedergelassene Arbeitsmigranten, weniger offen gegen Spätaussiedler, die rechtlich Deutsche sind, aber kulturell nicht als Deutsche akzeptiert werden.

Das Schockerlebnis dieser Wahl ließ fast vergessen, daß die Regierungsfähigkeit Berlins in keiner Weise dadurch gefährdet worden ist. Eine große Koalition (SPD/CDU) oder die dann gebildete SPD/AL Regierung sind mehrheitsfähig.

Auf die Bundesratsmehrheit hat das Ergebnis so gut wie keinen Einfluß. Da Berlin nicht an Bundestagswahlen teilnehmen darf, werden in den kommenden Bundestag zwei Republikaner vom Abgeordnetenhaus delegiert werden.

Stichwort: Rotgrüne Koalition in Berlin

Das Chaos findet nicht statt

Übereinstimmung der Koalitionsvereinbarung mit dem Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt in Auszügen

Ausländer- und Flüchtlingspolitik

Berlin: Koalitions-Vereinbarung
Grundlage der Ausländerpolitik ist das Bekenntnis zu den hier lebenden Ausländer/innen und zum Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft ohne Zwang zur Assimilation. Wir widersetzen uns jeder Form von Ausländerfeindlichkeit. Ziel ist eine humane Flüchtlingspolitik und die Integration der bei uns lebenden Ausländer/innen.

Arbeiterwohlfahrt: Grundsatzprogramm

Eine sachgerechte Ausländerpolitik muß Integration als rechtliche und tatsächliche Gleichstellung ermöglichen, die von gegenseitiger Toleranz zwischen Deutschen und Ausländern getragen ist.

Die Arbeiterwohlfahrt bekennt sich zur geschichtlichen und politischen Verantwortung, politisch Verfolgte in der Bundesrepublik aufzunehmen. Sie tritt für mehr Freiheit und Gerechtigkeit für ausländische Flüchtlinge ein und fordert verstärkt Solidarität mit ihnen.

1. Ausländerpolitik

Wiederkehr-Option:

- Ausländische Jugendliche, die ihren Schulbesuch zu mehr als 50% bei uns absolviert haben oder über einen schulischen oder beruflichen Abschluß verfügen, erhalten bei gescheiterter Reintegration im Herkunftsland eine auf fünf Jahre nach Volljährigkeit begrenzte Rückkehroption;
- für Erwachsene beträgt diese Zeit maximal fünf Jahre;

Rückkehr darf nicht durch Manipulation oder Druck veranlaßt werden. Zweifelhaftes unsichere Chancen der Existenzgründung im Heimatland dürfen nicht mit dem Verzicht auf die erworbene soziale Sicherung bezahlt werden. Rückkehrförderung mit dem Ziel, nationale Minderheiten aufzulösen, ist politisch und sozial nicht zu verantworten.

- eine zeitlich begrenzte Rückkehroption besteht auch bei geschiederten Ehen im Herkunftsland;
- ausgezahlte Rückkehrhilfen stehen dem nicht entgegen, müssen aber zurückgezahlt werden.

Familiennachzug:

- Für Kinder bis 18 Jahre;
- grundsätzlich, auch, wenn nur ein Elternteil hier lebt;
- Zuzugsmöglichkeiten zu einem mit gesichertem Aufenthalt hier lebenden Ehegatten ohne „Ehebestandsdauer“ mit grundsätzlich eigenständigem Aufenthaltsrecht, wenn Beteiligung an anzubietenden integrativen Maßnahmen belegt wird;
- im Härtefall Nachzug eines alleinstehenden Elternteils der ersten Generation;
- erwerbstätigkeitsbeschränkende Auflagen der Ausländerbehörde sind zu streichen.

Kommunales Wahlrecht:

- **Das kommunale Wahlrecht für mindestens fünf Jahre rechtmäßig (zum Zeitpunkt der Wahl mindestens mit Aufenthaltserlaubnis) hier lebende Ausländer/innen wird unverzüglich eingeführt.**

Rückkehrer müssen berechtigt werden, ihre Entscheidung innerhalb von zwei Jahren durch Wiedereinreise zu korrigieren. Ebenso müssen Jugendliche, die hier aufgewachsen sind, aber als Minderjährige ihre rückkehrenden Eltern begleiten mußten, bei Volljährigkeit zu ihrem Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik zurückkehren dürfen.

Das Ausländergesetz muß die Planung des Aufenthaltes, der Zukunft und des Wohnortes der Familienangehörigen sowie der Bildung und Ausbildung der Kinder ohne Einschränkung sichern.

Vertretung der Ausländer zunächst in der kommunalen Selbstverwaltung durch aktives und passives Wahlrecht. Dazu müssen die bestehenden Parteien sich Ausländern öffnen, ihnen Funktionen und Mandate einräumen. Dies wird tief-

greifende Wirkungen auf die Politik haben und die Lösung der Wohnungs-, Bildungs- und Versorgungsprobleme nachhaltig fördern.

Ausweisungen:

- Ausweisungsmöglichkeiten von ausländischen Straftätern sind nach Aufenthaltsdauer und -zweck zu differenzieren. Die Möglichkeit des Bewährungsaufenthalts wird geschaffen. In Zweifelsfällen wird eine Härtefallkommission herangezogen;
- hier aufgewachsene Jugendliche werden nicht in ein ihnen fremdes „Herkunftsland“ abgeschoben;
- materielle Not ist kein Ausweisungsgrund.
- **Straffällig gewordene Ausländer/innen müssen die gleichen Bewährungschancen wie Deutsche wahrnehmen können.**
- Einbürgerungen sind nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt möglich (Bundesratsinitiative).

Auf Sozialhilfebezug, Arbeitslosigkeit, Straffälligkeit und psychische Erkrankung muß die Gesellschaft sozialstaatlich mit Hilfe, Umschulung, Resozialisierung und Therapie reagieren, nicht aber mit dem Entzug des Aufenthaltsrechtes.

Soziale Leistungsgesetze müssen ohne Einschränkung für niedergelassene Ausländer gelten. Die sozialen Dienste der Arbeiterwohlfahrt haben die Aufgabe, die Lücke zwischen rechtlicher und tatsächlicher Gleichstellung durch Beratung und Hilfe zu schließen.

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft muß erleichtert, darf jedoch nicht an den Verzicht auf die bisherige gebunden werden.

2. Flüchtlingspolitik

Die Lebensbedingungen der Asylsuchenden sind zu verbessern. Dazu gehört u. a.:

- **Abschaffung der Verpflichtung, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen;**
- keine Kürzung der Sozialhilfe; Auszahlung der Sozialhilfe als Barleistung;

- *zwangsweise Unterbringung in Sammelunterkünften auf das notwendige Aufnahme- und Verteilungsverfahren zu begrenzen;*

- *asylsuchende Ausländer sozialhilferechtlich nicht unter Sondervorbehalt zu behandeln. So ist Flüchtlingen die Hilfe zum Lebensunterhalt in voller Höhe*

- Lockerung der räumlichen Aufenthaltsbeschränkung;
- weitgehende Ermöglichung der Aufnahme einer Arbeitstätigkeit oder einer Ausbildung (Bundesratsinitiative);

des Regelsatzes bar auszuzahlen und Selbstverpflegung zu ermöglichen. Der Bund ist zum Ausgleich der besonderen Lasten der Kommunen und Länder aufgefordert.

- *Freizügigkeit bei gleichzeitig bestehender Residenzpflicht nicht einzuschränken;*
- *das Verbot der Arbeitsaufnahme aufzuheben;*
- *Personen, denen die Arbeitsaufnahme verboten ist, dürfen nicht zwangsweise zur gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes herangezogen werden.*
- *den Besuch von Kindergärten zu ermöglichen, die Schulpflicht anzuwenden.*

- Schulpflicht.

Bei negativem Abschluß des Asylverfahrens sind die Betroffenen zur Ausreise verpflichtet. Das gilt nicht, wenn Leben oder Freiheit bei Abschiebung in das Herkunftsland bedroht sind oder sonst ein Fall unzumutbarer Härte vorliegt. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis. Dies ist insbesondere anzunehmen:

- Nach fünfjährigem legalem Aufenthalt;
- bei Betroffenen aus Ländern, für die ein Abschiebestop aus humanitären Gründen besteht;
- bei geschlechts- und gruppenspezifischen Verfolgungsgründen.

- *nicht anerkannten politischen Flüchtlingen aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten ist ein Bleiberecht einzuräumen. Die Arbeiterwohlfahrt wendet sich gegen die Ausweisung und Abschiebung dieser Flüchtlinge.*

Stichwort: Wahl in Hessen

Der mißglückte Überholversuch

Zu den Kommunalwahlen traten NPD/DVU und Republikaner an. Im Alleingang erreichte die NPD/DVU in zwei Landkreisen 5,0 % und 5,2 %, in Bad Hersfeld 5,6 % und in Frankfurt 6,6 %.

Die Republikaner gewannen 10,5 % und 7,0 % in zwei Landkreisen und drückten dort die NPD unter die Fünfprozent-Grenze.

Die Wahlberichterstattung hatte sich auf einen bei Kommunalwahlen bisher unbekanntem Umfang ausgedehnt.

Der Wahlkampf war zuletzt vom Ausländerthema bestimmt worden. Vor allem Frankfurt, eine Stadt mit hohem Ausländeranteil, wurde zum Testfall für die Wahlwirksamkeit einer verschärften Ausländer- und Asylpolitik gemacht.

Landesweit verlor die CDU 6,8 % (34,3 %), die SPD gewann 1,2 % (44,8 %) die Grünen gewannen 2,0 % (9,1 %).

Nach einer Infas-Erhebung wurde die „Ausländerfrage ... zum beherrschenden Thema ... Entsprechend stieg die Wahlbeteiligung um 4,6 % in Frankfurt“ (Landesdurchschnitt 2,3 %)

Aber das Ergebnis war:

„... Wähler ... wurden motiviert, statt der CDU die in der Ausländerfrage fundamentale Alternative NPD zu wählen.“

In Frankfurt verlor die CDU sogar 13 %. Dennoch erklärte ihr Vorsitzender Daum:

“Die Christdemokraten würden denselben Wahlkampf noch einmal führen.“

Die Warnung vor dem rotgrünen Chaos hat, soweit erkennbar, das Wahlergebnis nicht beeinflusst.

Stichwort: Wählerverhalten

– Wer wählt rechtsextremistisch ? –

Die ZEIT (17. 03. 89 Nr. 12) erklärt die Wahlerfolge der Rechtsextremisten als

„politische Antwort auf unsere Entwicklung zur **Zweidrittelgesellschaft**.“

Die wirtschaftliche Entwicklung habe:

... „der überwiegenden Mehrheit Vorteile gebracht; eine Minderheit aber deklariert. Jetzt begehrt sie auf.“

Ebenso spricht Biedenkopf, Vorgänger Geißlers, vom

... „Drittel der Bevölkerung, in dem sich arme Alte, Kinderreiche, Arbeitslose, Behinderte und andere versammeln.“
(FR. 04.04. 89)

Der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke (FR. 06. 04. 89) verweist auf den Anteil junger Wähler bei den Republikanern.

„Diesen Gruppen ist gemeinsam, daß weder für sie noch mit ihnen eine auch nur in Ansätzen zureichende Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wohnungsbaupolitik gemacht worden ist.“

Konkrete Vorschläge wurden dazu nicht vorgelegt. Auch der Rechtsextremismus bietet nicht mehr als die Überzeugung der Nationalisten an, daß der Fortschritt einer Nation nur auf Kosten anderer Nationen erreicht werden kann. Dies fand jedoch Resonanz.

Von Protestverhalten zu sprechen erklärt nichts. Wie anders soll sich Unmut denn äußern, wenn politische Forderungen aus dem unteren Drittel als „Sozialneid“ politisch abgelehnt und zusätzlich moralisch abgewertet werden?

Die Rechtsextremisten rücken fast kampflos in die **Glaubwürdigkeitslücken** der etablierten Politik ein. Die bisher sorgsam kanalisierte Fremdenfeindschaft der Nationalkonservativen überschwemmt die Wählerlandschaft.

Aber dann ist auch klar, der Rechtsextremismus kann sozialpolitische Defizite nur aufgreifen, um Fremdenhaß zu mobilisieren. Diese Defizite

können nur langfristig ausgeglichen werden. Wohnungen, Arbeitsplätze, Ausbildungsstellen werden weiter fehlen, Asylsuchende und Aussiedler weiter einreisen. In dieser Situation einen raschen Schwund des Protestpotentials zu erhoffen, ist kaum realistisch.

Stichwort: Reaktionen der CDU/CSU

– Die Flucht aus dem Lager –

Die **Lagertheorie** ist von Heiner Geißler erdacht worden, um die Regierungsbeteiligung von CDU/CSU auf Dauer zu sichern. Sie umfaßt:

- Das Regierungslager mit CDU/CSU und FDP. Entscheidend ist, daß beide Parteien ihre Wähler nur untereinander austauschen und damit ihre Mehrheit erhalten. („Koalition der Mitte“)
- Im anderen Lager stehen SPD und Grüne, die Minderheit bleiben müssen, da ihre Mehrheit nicht regierungsfähig ist und allenfalls das „rot-grüne Chaos“ erwarten läßt.

Voraussetzung der Lagertheorie ist, daß konkurrierend mit der CDU/CSU keine weitere Partei erfolgreich sein wird. Daß die CDU/CSU so stark bleibt, daß keine Regierung gegen sie gebildet werden kann und die FDP über 5 % der Stimmen erhält.

Erste Zweifel an dieser Strategie wurden bereits laut, als die CDU in Schleswig-Holstein und dem Saarland aus der Regierung abgewählt wurde.

Vor allem F.J. Strauß hatte in hoffnungsvollen Zeiten die Lagertheorie und deren Erfinder H. Geißler bekämpft, weil sie eine absolute Mehrheit der CDU/CSU nicht vorsah.

Zweifellos hat Strauß rechte Wähler an die CDU/CSU gebunden, deren Hoffnungen er politisch niemals eingelöst hat und wohl auch nicht einlösen wollte. Die Republikaner sind in Bayern als Absplitterung von der CSU entstanden, als Reaktion auf einen Milliardenkredit an die DDR, an dem Strauß wesentlich beteiligt war.

Auch nach den Wahlen in Berlin und Hessen diskutiert die CDU/CSU, noch ganz im Sinne der Lagertheorie, mit welcher Strategie sie ihren Führungsanspruch erfolgreich verteidigen könne.

- In **unerschütterlicher Standfestigkeit** als „Partei der Mitte“ und durch bessere Darstellung der Regierungspolitik abwarten, bis die bräunlich schmutzige Überflutung in die frühere Bedeutungslosigkeit zurückfließt. (Kohl)
- Durch **Übernahme** ihrer Politik die Republikaner als überflüssige Konkurrenz vom Markt der politischen Meinungen zu verdrängen. Für diese Variante steht Alfred Dregger.
- Den Nachweis zu führen, daß die Republikaner nur vertreten, was seit langem die CDU/CSU vertreten hat, daß sie nur mit qualitativ schlechten **Raubkopien** den Markt überschwemmen. (Streibl, Waigel)
- Durch **Abgrenzung** gegen die Thesen des Rechtsextremismus Profil und Glaubwürdigkeit zu gewinnen. (H. Geißler)
- Die rechtsextremistische Flügelbildung in den Parlamenten als unvermeidlich hinzunehmen und Bedingungen denkbarer **Koalitionen** zu formulieren. (Wagner, Rheinland-Pfalz)

Alle Varianten werden durchgeprüft und finden öffentliche Vertreter. Bis zur Bundestagswahl werden alle Wahlgänge überregional beachtet und gedeutet werden.

Die Republik ist aufgeschreckt.

Stichwort: „Die Flügel flattern lassen“ (M. Rommel)

– Wahlanalysen der CDU/CSU –

In ihrer Wahlanalyse kommt die ZEIT (17.03.89) zu folgendem Ergebnis:
„Bei den hessischen Kommunalwahlen hat die CDU wieder niederschmetternde Verluste einstecken müssen, in Frankfurt ein Minus von 13 Prozentpunkten. Außerdem hat die CDU mit ihrem panischen Rechtsruck und ihren ausländerfeindlichen Parolen den Rechtsextremisten Wähler zugetrieben. Die Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen, stieg in Berlin am stärksten bei den Arbeitern und unter den gewerkschaftlich gebundenen Angestellten und Beamten – von drei bis auf 18 Prozent; im konservativen Milieu stieg die Quote von zwei auf vier Prozent. Folglich darf weder die SPD sich vormachen, dieses Protestpotential habe mit ihr und ihrer Politik gar nichts zu tun, noch die Union sich einreden, nur sie habe (und sie habe überdies nur) nach rechts verloren. Sie kann sich nicht simpel sanieren, indem sie nur Schönhuber zu überbieten versucht.“

Die Frage ist nur, ob die Parteien in der Kette der heraufziehenden Wahlgänge – von der Europawahl im Juni 1989 bis zur Bundestagswahl im Herbst 1990 – je zur Besinnung kommen. Was sollen sie auch auf der Stelle unternehmen?

Die Union: Wenn sich nicht jenseits unserer Grenzen, zum Beispiel im Osten, Dramatisches ereignet, wird sie gegen die Ursachen der inneren Verwerfungen kaum ankommen. Je weiter sie nach rechts rückt, desto mehr verliert sie nach beiden Seiten, denn nicht einmal die umgekehrte Lagertheorie funktioniert: Die CDU büßt mehr ein, als die Rechtsextremen gewinne. Eine richtige Sozialpolitik nach unten aber braucht zu lange, bevor sie bei den Betroffenen ankommt.

Im Grunde muß die Union schon jetzt überlegen, ob sie nicht lieber die nächsten Wahlen mit Anstand und als intakte Partei verlieren soll, anstatt mit hysterischen Ausschlägen die Seele der Partei dauerhaft zu schädigen, ohne ihr Schicksal wirklich wenden zu können.“

Robert Leicht

Aber auch dann bleiben Korrekturen der Sozialpolitik, bleiben Wohnungsbau und Vollbeschäftigung beherrschende Themen.

Die Bereitschaft zu Korrekturen in der Sozialpolitik ist allenfalls als Ansatz erkennbar. Der Bundeskanzler hat nach seinem Osterurlaub Kritik zurückgewiesen:

„Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Freitag zum Ende seines Osterurlaubes im österreichischen Bad Hofgastein die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bonner Koalition gegen Kritik auch aus den eigenen Reihen verteidigt. **Wer behauptet, diese Politik habe nur den oberen zwei Dritteln der Einkommenspyramide Vorteile gebracht, werde durch die Tatsachen widerlegt**, schrieb Kohl in einem Betrag für den ‚Deutschland-Union-Dienst‘ der CDU. Eine solide Politik müsse jedoch immer von der Erkenntnis ausgehen, ‚daß wir das Geld, das unser Staat ausgibt, immer zuerst erarbeiten müssen‘.

Der frühere CDU-Vorsitzende Rainer Barzel und sein Parteifreund Kurt Biedenkopf hatten in jüngster Zeit Versäumnisse in der Sozialpolitik für die Wahlniederlagen der CDU mitverantwortlich gemacht und ein Umsteuern verlangt. Ohne seine Kritiker beim Namen zu nennen, schrieb Kohl, die CDU habe seit der Übernahme der Regierung im Jahr 1982 ‚trotz schwieriger Ausgangslage‘ dafür Sorge getragen, daß die ‚Grundlagen für einen sozialen gerechten Ausgleich zwischen Starke und Schwachen wieder geschaffen‘ worden seien.“

FR 01.04. 89

Die Diskussion in der CDU/CSU konzentriert sich auf wahltaktische Fragen. Angesichts der bevorstehenden Wahlgänge war dies zu erwarten, ändert aber nichts. Die Rechtsextremisten wollen nicht Probleme lösen, sie wollen von ungelösten Problemen profitieren.

Die Notwendigkeit, Versprechungen einzulösen, besteht nur bei regierungsfähigen Parteien. Bei Rechtsextremisten genügt es, wenn Theorie und Agitation übereinstimmen.

Die CDU/CSU führt die Diskussion um den richtigen Weg mit oft schrillen Dissonanzen. Wie schon früher wird dabei personalisiert: Heiner Geißler soll wieder einmal abgelöst werden.

Die Parteizentrale brachte ein Werbeblatt heraus, das auf acht Seiten die Erfolge der Bundesregierung auflistete und in der Schlagzeile versprach: „Wir bleiben auf dem Weg der Mitte.“ (Helmut Kohl)

Die innerparteiliche Diskussion war damit jedoch nicht aufzuhalten. Vereinfachend formuliert, wird darüber diskutiert, ob die CDU/CSU die Fremdenfeindschaft der Rechtsradikalen übernehmen oder bekämpfen soll.

Streitpunkte: Angleichung

„Auch CSU-Generalsekretär Huber hat jenen Kräften in der CDU die Schuld an der Wahlschlappe in Berlin zugewiesen, ‚die den Standort der Union nach links verschieben wollen und dabei übersehen haben, daß man dann im Stammwählerbereich viel mehr verliert‘. Wer links Applaus wolle und dann rechts Stimmen verliere, sollte heute in sich gehen, sagte Huber der **Neuen Presse** (Hannover). Die CDU müsse endlich Profil gewinnen.

In Berlin gewann eine Gruppierung auf Anhieb 7,5%, deren Leitideen sich wie ein Parteiprogramm aus den früheren Zeiten der CDU lesen.“

H. Kremp, WELT, 10. 02. 89

oder Abgrenzung

SZ, 31. 01. 89 FRANKFURT A. M. (AP). Nach dem Wahlerfolg von Republikanern und NPD hat Generalsekretär Geißler die CDU wieder vor Ausländerfeindlichkeit gewarnt. In einem ARD-Interview sagte er, er könne nur davor warnen, das Ausländerthema in Zukunft zum Wahlkampfthema zu machen. Der Mißbrauch des Asylrechts könne nur durch Handeln gelöst werden und nicht durch Reden gegen Ausländer.“

„Zu Toleranz gegenüber Ausländern hat Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth aufgerufen. Die Bundesrepublik dürfe nicht zu einem ausländerunfreundlichen Land werden, sagte Frau Süßmuth am Donnerstag in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur.

*Sie sei besorgt darüber, daß durch die anhaltende Zuwanderung eine Stimmung entstehe, sich ‚überhaupt gegen Fremde zu wehren‘. Die politisch Verantwortlichen müßten ‚bei allen Formen von Diskriminierung‘ wachsam sein und ihnen energisch entgegenreten.“
Bonn, dpa 23. 03. 89*

A. Dregger:

„Die Wähler der Republikaner sind gute Demokraten.“ (Sie) „hatten teilweise die gleichen programmatischen Aussagen wie die CDU/CSU.“

„Es wäre ja selbstmörderisch, wenn wir einen Teil unseres eigenen Programms deshalb nicht mehr vertreten würden.“

Der Republikaner, 3/89.

*Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum warnte die Union davor, mit einer **Anpassung** an die politischen Ziele der Republikaner die Koalition aufs Spiel zu setzen. Mit einer solchen Strategie werde die Union keine Wähler zurückzugewinnen, erklärte Baum in der ‚Nordwest-Zeitung‘.*

Demonstrativ betonte der zum linken Flügel seiner Partei zählende Politiker, die FDP habe auch ‚Gemeinsamkeiten mit den Parteien, mit denen sie zur Zeit nicht koalitiert‘. Bei den anstehenden Entscheidungen in der Ausländer-, Asyl- und Datenschutzpolitik werde die FDP ihre ‚liberalen Positionen geltend machen‘. Auch in der Außenpolitik dürfe kein Kurswechsel eintreten.

GA 25./26.03.89

*„Genscher warnt vor Opportunismus PASSAU (Reuter). Auf dem Treffen der FDP in Bayerbach warnte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Koalitionsparteien eindringlich vor einer ‚opportunistischen Anpassung‘ an politische Ränder und Anbiederung. ‚Nicht die Republikaner, sondern nur Anpassungsopportunisten demokratischer Parteien und Politiker könnten die Grundachse unserer Demokratie verbiegen. ‚Das Gebot der Stunde laute in allen Bereichen der Politik und für alle Parteien:‘ **Kurs halten.** ‚Die*

Koalition in Bonn‘ müsse eine ‚Koalition der Mitte‘ bleiben.“
FR, 09.02.89

„Wir **Nationaldemokraten** freuen uns aufrichtig, daß wir nunmehr in der CDU einen potenten Mitstreiter gegen die Überfremdung unserer Heimat gefunden haben.“

Landesvorsitzender Peter Markert (NPD) an Oppositionsführer Worms CDU (NRW).

„Es wäre ganz blödsinnig, wenn jetzt alle zu den Flügeln eilen würden. Das wäre auch für die Demokratie schädlich. Es ist nach meiner festen Überzeugung etwas faul, wenn die beiden großen Volksparteien sich nicht mehr um die Gunst der gleichen Wählerschichten bemühen würden. Beide müssen einander herausfordern können, auch in bezug auf ihre Stammwähler. Also Rückkehr zur Mitte, die Flügel flattern lassen, die werden immer schwächer flattern.“

M. Rommel, in FR, 23.03.89

„Ausländer sind nach Ansicht des Unions-Fraktionschefs Dregger Gäste, nicht Bürger, und von daher auch nicht Mitbürger‘. Gegenüber der ‚Welt‘ sagte er zum umstrittenen Kommunalwahlrecht für Ausländer, Gäste solle man gut behandeln, aber **„man sollte ihnen nicht einen Teil der Herrschaft überlassen und ihre Zahl auch nicht zu groß werden lassen‘.**“

Kölner Stadt-Anzeiger, 06.02.89

*„Mit scharfer Kritik haben SPD und die Ausländerbeauftragte Lieselotte Funke (FDP) auf eine Äußerung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger reagiert, in der dieser gesagt hatte, **bei uns lebende Ausländer seien Gäste, aber keine Mitbürger.** Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt forderte eine Entschuldigung von Dregger. Funke forderte den Kanzler auf, mit einem liberalen Ausländerrecht solche ‚unqualifizierten Äußerungen‘ künftig zu verhindern.“*

„Die saarländische CDU will angesichts der Wahlschlappe in Hessen bei dem anstehenden Kommunalwahlkampf an der Saar ‚mehr konservatives Profil‘ zeigen, kündigte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Günther Schwarz, in Saarbrücken an. Die CDU habe auch einen ‚Integrationsauftrag zur Rechten hin‘, sagte er in Anspielung auf die Erfolge der NPD und Republikaner.“
FR, 15.03.89

„Ärger bekommt Geißler auch mit Fraktionschef Dregger. Der machte für die Wahlniederlage nicht die Berliner CDU verantwortlich, sondern das Erscheinungsbild der Bundespartei in Bund, Ländern und Gemeinden. Dregger wie auch Hessens Ministerpräsident Wallmann verlangen von der CDU, national denkende Bürger nicht zu verprelten.“
Express 31.03.89

„Im Gespräch mit der WR betonte der Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, Georg Hüssler, er habe nichts gegen den Ausdruck ‚Gäste‘, ‚weil man einen Gast immer besonders höflich behandelt‘. Andererseits beinhalte der Ausdruck ‚Mitbürger für die EG-Europäer die Erwartung, daß sie später einmal in den EG-Ländern, in denen sie jeweils wohnen, besondere Rechte, auch Wahlrechte, bekommen werden‘. Diese Entwicklung ginge ‚sehr rapide‘. Die Politiker sollten das ‚in der großen Öffentlichkeit positiv hervorheben, ohne vor Verfremdung Angst zu haben‘, appellierte Hüssler.“
Westf. Rundschau 08.02.89

Geißler:
„Ich kann nur warnen vor allen Schönhuber-Imitatoren innerhalb der Union. Wir müssen einige Punkte abklären, das ist die Asylantragspolitik, das ist ganz klar. Aber die Konsequenz kann ja wohl nicht darin bestehen, daß jemand sagt oder zum Ausdruck bringt – und deswegen halte ich das alles, was da in dem Zusammenhang in diese Richtung gesagt wird, für höchst gefährlich – die Republikaner machen die Politik, die die CDU eigentlich machen müßte. Die Republikaner haben ja nicht mit nationalen Argumenten gewonnen, sondern mit ganz billigen Resentiments.“
S.Z., 31.01.89

„CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger verlangte, die Union dürfe sich nicht damit abfinden, daß es rechts von ihr mit den Republikanern noch eine Partei gebe. Dregger fordert im Deutschlandfunk, die ‚nationale Kontur‘ der Union müsse wieder sichtbar werden. Bei der Auseinandersetzung mit extremen Parteien sei statt Vergangenheitsbewältigung Zukunftsmeisterung notwendig.“
Stuttgarter Zeitung 20.03.89

Waigel (CSU):
„Fehler in der Wahlkampfstrategie und ein ‚Vakuum‘ auf dem rechten Flügel der Berliner CDU hat der CSU-Vorsitzende Theo Waigel für die schweren Stimmenverluste der CDU und für das gute Abschneiden der Republikaner bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus verantwortlich gemacht. Die ‚unerwartete Stimmenhöhe‘ der Republikaner sei darauf zurückzuführen, daß die Berliner CDU, vor allem durch das Fehlen von Heinrich Lummer, ‚Positionen auf dem rechten Spektrum nicht mehr ausgefüllt hat‘, und daß sie dadurch ‚dem nationalkonservativen Wähler nicht mehr die Attraktivität und die Heimat vermittelt hat, die er von der CDU erwartet‘, sagte Waigel am Montag nach einer Vorstandssitzung der CSU vor der Presse in München.
SZ 31.01.89

„Über die Republikaner sagte Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) dem EXPRESS: ‚Mich stört überhaupt nicht, daß sie für ihre Heimat, ihr Vaterland eintreten. Auch wir sind im guten Sinne Patrioten. Aber ein ganz klares Nein zur Parole ›Ausländer raus‹. Das kann nicht unsere Politik sein. Nachdem ich die klaren Aussagen ihres Vorsitzenden zu seiner nationalsozialistischen Vergangenheit gelesen habe, kann ich nur sagen: Wehret den Anfängen!‘.
Express 31.01.89

CDU ENTSCHEIDEN GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Entschieden wendet sich die CDU gegen ausländerfeindliche und ausländerdiskriminierende Haltungen und Praktiken. Das entspricht nicht unserem Menschenbild.“
CDU-Extra (Flugblatt).

Manfred Rommel (CDU):
„Ich glaube, es wäre die Aufgabe der politischen Parteien ... aufzuklären, statt zu versuchen, den Republikanern das Wasser abzugraben, indem man volltönend in diese Ausländerkampagne einstimmt.“
Taz 17.02.89

Stichwort: Franz Schönhuber

– Der Mann, der nicht dabei war –

Sein Buch „Ich war dabei“ hat ihn bekannt gemacht, weil der bayerische Rundfunk sich deshalb von ihm trennte.

Bei 7000 DM Pension und 290 000 DM Abfindung ist dies wohl kaum Verfolgung zu nennen. Als Freiwilliger wurde er im Juli 1942 zur Waffen-SS einberufen, befördert zum „Uscha“ (Unteroffizier) – dies konnten viele von sich sagen und war auch immer bekannt.

Als Journalist war er überall dabei, nur nicht bei der rechtsextremistischen Presse. Bei der KP finanzierten „Deutschen Woche“, der „tz“ und schließlich als stellvertretender Chefredakteur im Bayerischen Rundfunk.

Noch in der Abendzeitung „tz“ tat er Ausländerfeindlichkeit als „Kleinkariertheit“ und „geistiges Provinzlertum“ ab.

Er war in erster Ehe mit einer ungarischen Jüdin verheiratet, spricht vier Fremdsprachen, kennt die Welt aus vielen Reisen und besitzt in der Türkei ein Ferienhaus.

Ein Kriegsheld war er nicht, behauptet er auch nicht von sich. Vor Kriegsteilnahme bewahrte ihn ein Leberleiden, vor der Ostfront eine Geschlechtskrankheit. Den Rest der Kriegszeit war er Ausbilder der französischen Waffen-SS (Charlemagne) oder selbst in Ausbildung (Junkerschule).

Mit dem trotzigem „Ich war dabei“ rührte er an die Tabuzone der Nachkriegsgesellschaft. An vielen Stellen spielt er auf andere, auf ehemalige Angehörige der Waffen-SS, an, die heute in Amt und Würden leben und ihre Erinnerung lieber verdrängen als preisgeben.

Ein Mann des Establishment, der es weit gebracht hat und doch so redet, daß an jedem Stammtisch dies wiederholt werden kann.

Er will verfolgt sein, um Erfolg zu haben. Darum auch die selbstquälerische stilisierte Offenheit seines Buches.

Ein ehemaliger Kollege beim Rundfunk kommentiert dies so.

„Nicht wir haben ihn in ‚eine Ecke manipuliert, wo er nicht hingehört – er selbst hat sich in diese Ecke gebracht, nicht durch konkrete Programmpunkte – Ähnliches findet sich bei Dregger, Spranger, MdB-Fellner und Franz-Josef Strauß auch. Er bringt sich in diese Ecke durch die Art und Weise, ... wie er nationalistische Phrasen aufgreift ...“.

Schönhuber glaubt, daß „politische Klugheit nicht ohne einen Schuß Anpassungsfähigkeit auskommen kann“ („Trotz allem Deutschland“, S. 258). Er will oben sein, gleichgültig wo. Der Höhenmesser ist sein Gewissen.

Damit hat er Karriere gemacht, bei Sepp Dietrich (Leibstandarte Adolf Hitler) und zuletzt beim Bayerischen Rundfunk.

Schönhubers erster Versuch, in der Politik dabei zu sein, war der vergessene „Deutschlandrat“ (1983). Dessen Erklärung – nur 21 Zeilen lang – fordert:

„Wir wollen wieder eine normale Nation sein“.

Voraussetzung für ein „selbstverständliches Nationalbewußtsein“ sei die „Entkriminalisierung unserer Geschichte“. Anders als im Heidelberger Manifest fehlen noch fremdenfeindliche Aggressionen.

Sie fehlen auch im Bekenntnisbuch, „Trotz allem Deutschland“, wo Schönhuber „die Chancen der deutschen Rechte“ darstellt.

Der Fremdenhaß dient Schönhuber als Einigungsformel. Der „geläuterte Patriotismus“ soll die Republikaner auf der nationalen Welle nach oben spülen.

Schönhuber will „kein ellenlanges Programm“, sondern „eindeutig gesetzte Schwerpunkte.“

Die Empfehlung dazu schrieb Hitler schon 1924. Es komme darauf an, „die Aufmerksamkeit eines Volkes nicht zu zersplittern, sondern immer auf einen einzigen Gegner zu konzentrieren.“ (Mein Kampf, S. 129). Schönhubers Gegner sind die Fremden, Antisemit will er nicht sein.

Gefährlich sind seine Bücher dennoch, weil die gespielte Aufrichtigkeit des persönlichen Bekenntnisses die Raffinesse verdeckt, mit der die Waffen-SS und ihr Krieg als Normalität geschildert werden.

Dafür ein Beispiel:

Im Anhang bringt Schönhuber ein Telex vom 17. 11. 43. Absender Feldmarschall Manstein.

„Bravo SS Totenkopf, Ihr seid Mordskerle.“

Schönhuber hat dieser Division niemals angehört. Sie war von Theodor Eicke aufgestellt worden, am 17. 11. 43 lebte Eicke nicht mehr.

Laut Schönhuber sei Eicke „über eine führende Bewachertätigkeit in einem KZ, in Dachau, zur Waffen-SS“ gekommen.

Eickes Karriere begann 1928 als NSDAP-Mitglied. Ab 1933 in der SS. 1932 wegen Bombenattentat 2 Jahre Zuchthaus, Flucht nach Italien. Ende Juni 1933 Kommandant im KZ Dachau. Seit Mai 1934 Inspekteur aller Konzentrationslager und Wachverbände.

Ab 14. 11. 1939 stellte er in Dachau die SS-Division Totenkopf auf. Am 16. 02. 1943 stürzte er bei einem Aufklärungsflug an der Ostfront ab. Für Schönhuber starb er „an der Spitze seiner Truppen kämpfend.“

Eickes Brutalität war selbst Rudolf Höß, dem späteren Kommandanten in Auschwitz unheimlich. Eickes sadistische Strafen haben Tausende von Häftlingen nicht überlebt.

Schönhuber nennt dies nicht einmal Verbrechen, er spricht von Vergehen. „Papa Eicke . . . bezahlte für seine Vergehen mit dem Tod in der vordersten Linie.“

Sudeleien auf diesem Niveau verbreitet auch die „Nationalzeitung“.

Stichwort: Republikaner gegen Europa

– Der Kampf um die Stammtische –

Wo Frey schreit, dröhnt Schönhuber jovial. Er betont die Gemeinsamkeit seiner Auffassungen mit der CSU. Neben Frey in den Berichten der Verfassungsschützer zu erscheinen, will er vermeiden. Mittelfristig will er als Koalitionspartner der CDU die FDP ersetzen.

Um so deutlicher muß die innere Übereinstimmung seiner Politik mit der DVU/NPD dargestellt werden.

Schönhuber wendet sich wie Frey gegen die Fortentwicklung der EG mit Thesen, die im Kern identisch, in der Formulierung gemäßigt erscheinen.

Zur Wiedervereinigung:

„Ich bin der Meinung, diese EG, wie sie sich jetzt formiert, wird die deutsche Teilung zementieren.“

Schönhuber zum SPIEGEL 6/89

Zum europäischen Binnenmarkt:

„Wenn es dazu kommt, dann würden wir erneut einen großen Schub von Arbeitern, insbesondere aus der Türkei bekommen . . . eine fast unerträgliche Belastung des deutschen Arbeitsmarktes.“

Schönhuber zum SPIEGEL 6/89

Über die Öffnung der Grenzen:

„Aber der Hauptgrund, warum ich diese EG ablehne, ist der Import von Verbrechen, von Rauschgift, von Mafia und Camorra.“

Schönhuber zum SPIEGEL 6/89

Über das Wahlrecht für Ausländer:

Schönhuber bezeichnet ein Wahlrecht für Ausländer als „Schicksalsfrage unseres Volkes“ mit dem gleichen Rang wie Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung.

FR 18. 02. 89

„Wir wollen kein Ausländerwahlrecht und Zweitstaatsbürgerschaft.“
REP/Flugblatt, Berlin

Über Deutschlands Zukunft in der EG:

Wem nützt die EG?

Primär den Euro-Multis, den Großkonzernen, aber doch nicht den Kleinhandwerkern, den Bauern, den Arbeitern.“

Schönhuber zum SPIEGEL 6/89

Stichwort: Liste D (DVU/NPD)

– Aufmarsch gegen Europa. –

Über die Liste D wollen die Deutsche Volksunion (DVU) und NPD in das Europaparlament einziehen. Einziges Ziel: **Im Europa-Parlament, Europa zu bekämpfen.**

Spitzenkandidat ist der Verleger **Dr. Frey**, der sich mit der Gründung der DVU entschlossen hat, Politiker zu werden.

Politisch unterscheidet ihn wenig von den Republikanern.

Frey formuliert radikaler als Schönhuber. Seine Gabe ist es, zu fantasieren, wo Schönhuber begeistert.

Das Vermögen, das er als „NS-Devotionalienhändler“ (Schönhuber) gemacht hat, erlaubt ihm bundesweite Kampagnen und Postwurfsendungen, wo der medienerfahrene Schönhuber sich um Öffentlichkeit erst bemühen muß.

Schönhuber sagt: „Trotz allem Deutschland“

Frey denkt: „Trotz allem Hitlerdeutschland“

Frey, der altersbedingt nicht Anhänger Hitlers sein konnte, ist Schüler aus Hitlers Nachlaß.

Hitler fordert von erfolgreicher Propaganda, es müsse:

„die gesamte Aufmerksamkeit eines Volkes nur auf diese eine Frage geschlossen vereinigt werden, so, als ob von ihrer Lösung tatsächlich Sein oder Nichtsein abhängt.“

(Mein Kampf, S. 273)

Frey sagt von Europa:

„Bei den Europa-Wahlen ... muß die wirkliche Wende für Deutschland beginnen. Unser Volk darf nicht untergehen.“

Dr. Frey, DNZ 31.03.89

Über die Politik der Bundesregierung:

„Das ganze Interesse gilt der ... Schaffung eines westeuropäischen Bundesstaates ... um den von Kohl und Gleichgesinnten **gehaßten Nationalstaat** ein für allemal **zu verhindern.**“

DNZ 16.09.88, Dr. Frey

Über die Wiedervereinigung:

„Am Ende wäre gar das Streben nach Wiedervereinigung der Deutschen nach den Gesetzen eines EG Bundesstaates untersagt oder Landesverrat.“

Dr. Frey, DNZ 31.03.89.

Über eine gemeinsame Europa-Währung

„Das bedeutet ... an Stelle der auf der ganzen Welt führenden DM die Schaffung einer mehr oder minder weichen ... Währung bei unerträglich hoher Inflationsrate.“

DNZ 16.09.88, Dr. Frey

Über den von der Türkei angestrebten Beitritt zur EG

„Kommt es zum Anschluß der Türkei an die EG, könnte es ... soweit kommen, daß **Mittleuropa ... doch türkisch** geworden ist.“

Auch deshalb muß der **Untergang der BRD** in einem EG Bundesstaat verhindert werden.“

DNZ 24.03.89, Dr. Frey

Das Recht der Türken auf freie Einwanderung in die EG steht für den Binnenmarkt nicht zur Diskussion.

Frey dagegen:

„Das bedeutet ... den Zuzug von Millionen Arbeitslosen, insbesondere auch aus der Türkei.“

DNZ 16.09.88, Dr. Frey

Europa wird die BRD verelenden lassen:

„Europäische Integration ... das heißt, radikale Herabsenkung des Lebensstandards in der BRD.“

DNZ 16.09.88, Dr. Frey

Schließlich deckt die Nationalzeitung in einem namentlich nicht gezeichneten Artikel die (geheimen) Planungen des Bundeskanzleramtes auf. (31.03.89).

Titel:

Ziel: Über 10 Mio Ausländer in der BRD

Überfremdungsplan des Bundeskanzleramtes.

(Der Beitrag bezieht sich auf ein Buch, das in der Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes erschienen ist.

Verfasser ist Bert Rürup. Professor an der TH Darmstadt.

Die DVU Zeitung macht daraus eine Verschwörung.)

„Der Schäuble-Geißler-Rürup-Plan zur endgültigen Überfremdung ... kommt einer ökonomischen wie nationalen Katastrophe gleich.“

Weil „weder die multikulturelle Gesellschaft Interesse an der Wiedervereinigung entwickeln wird, noch werden die Deutschen in Sachsen und Mecklenburg Lust haben, sich mit lauter Türken und Sizilianern ... wiederzuvereinigen“.

Über Asylsuchende:

„Auch deshalb sind Scheinasylanten – also 92% der Asylbewerber ... auszuweisen.“

Dr. Frey, DNZ 24. 03. 89

(Siehe das Stichwort „Asylmißbrauch“)

Über den Wegfall von Grenzkontrollen:

„Europäische Integration“ bedeutet durch Wegfall der Grenzen eine Kriminalität wie im Süden Europas.

DNZ, 16. 09. 88, Dr. Frey

Stichwort: Koalition in Schwarz-Braun?

– Die Vergangenheit vergeht nicht. –

Die NPD, heute im Bündnis mit der DVU, war schon einmal in der Zeit der großen Koalition erfolgreich. (ab. 01. 12. 1966).

06.11.1966	Hessen	7,9 %
20.11.1966	Bayern	7,4 %
23.04.1967	Rheinland-Pfalz	6,9 %
04.06.1967	Niedersachsen	7,1 %
01.10.1967	Bremen	8,8 %
28.04.1968	Baden-Württemb.	9,8 %

Sie erreichte bei den Bundestagswahlen 1968 im Saarland 5,7%, in Bayern 5,3%, in Rheinland-Pfalz 5,2% und in Hessen 5,0%, blieb im Bundesdurchschnitt jedoch unter der 5,0 Prozent-Marke.

Damals hatten Kanzler Kiesinger und Parlamentspräsident von Hassel vorsichtige vereinzelte Annäherungen an die NPD versucht, aber später dementiert.

Am 05.03.1969 kandidierte Gerhard Schröder (CDU) für die Wahl zum Bundespräsidenten. Damals kalkulierte die CDU stillschweigend die 22 NPD-Stimmen mit ein, ohne die Schröder nicht erfolgreich sein konnte.

Dies erklärt, warum Äußerungen, die auf ein Bündnis mit den Republikanern hindeuten, öffentlich auch dann beachtet werden, wenn sie von sonst wenig beachteten Politikern stammen. Die Frage stellt sich nur theoretisch, weil in Berlin, Frankfurt und den beiden Landkreisen Hessens keine schwarz-braune Mehrheit rechnerisch möglich ist.

Düsseldorf/Bonn

„In der CDU mehren sich die Stimmen, die eine Zusammenarbeit der Union mit der rechtsradikalen Republikaner-Partei für denkbar halten. Nach dem Berliner Ex-Senator Lummer hat dies jetzt auch der stellvertretende Vorsitzende

„Die Republikaner bezeichnet Geißler als eine Partei, die mit billigen Parolen Stimmung gegen ausländische Bürger mache. Mit den Republikanern als Malzkaffee-Partei – braun, billig und von vorgestern – kommt eine Zusammenarbeit nicht in Frage“, schreibt

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Heinz Hauser, nicht ausgeschlossen.

Die Frage nach einer Zusammenarbeit sei hypothetisch, sagte Hauser in Düsseldorf, „das kann man nur von der jeweiligen Situation abhängig machen“. Er sei aber überzeugt, daß sich für die CDU eine solche Koalitionsfrage nicht stellen werde, ...“
Westf. Rundschau 14.02.89

Bonn, 28. März. „Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Carl-Ludwig Wagner (CDU) hat von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Claus Jäger Schützenhilfe für seine Ansichten zur Koalitionsfähigkeit der Republikaner-Partei erhalten. In weiten Teilen der CDU war Wagner wegen seiner Äußerungen kritisiert worden. Jäger sagte am Dienstag in einem Telefongespräch mit der FR, aus heutiger Sicht seien die Republikaner ‚unter keiner Bedingung koalitionsfähig‘, aber es sei ‚ja denkbar, daß sie sich ändern‘.

Auf die Frage, welche ihrer politischen Thesen die Republikaner ändern müßten, um Bündnispartner der CDU zu werden, antwortete Jäger: **„Insbesondere ihre undifferenzierte Gegnerschaft zu Ausländern, die grobschlächtige Gleichsetzung von Aussiedlern mit Asylbewerbern und ihre antieuropäischen Ressentiments.“**

der CDU-Generalsekretär. **Kanzleramtsminister Schäuble versicherte im Kölner ‚Express‘, die Union sei nicht bereit, über eine Koalition mit den Republikanern ‚auch nur zu diskutieren‘.**“
Stuttgarter Zeitung, 20.03.89

BONN/KÖLN (AP). „Auch in CDU und FDP hielt der Unmut über die Äußerungen Wagners zur Möglichkeit von Koalitionen mit den Republikanern am Wochenende an. **Wagner hatte erklärt, die Republikaner müßten sich von Parolen trennen, die sie in die Nähe Rechtsradikaler bringen könnten, und sie müßten sich klar zu Demokratie und Verfassung bekennen.** Zur Zeit seien sie nicht koalitionsfähig. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte dazu dem ‚Kölner Express‘: „Die Republikaner sind unser politischer Gegner. Die Union ist nicht bereit, über eine Koalition auch nur zu diskutieren.“

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) sagte in einem Interview des ‚Bonner Generalanzeigers‘. **Wagners Aussagen seien ‚keine förderliche und verantwortbare Position.** Es gehe nicht an, sich von zentralen Standpunkten der Republikaner abzugrenzen und gleichzeitig koalieren zu wollen.

Zu befürchten sei, daß die Republikaner ‚die Volksstimmung kräftig ausnutzen‘.

Die CDU würde sich selbst schaden, wenn sie heute mit dieser Partei koalitierte, sagte der baden-württembergische Abgeordnete. Es sei manchmal sinnvoller, auf Mehrheiten zu verzichten und in die Opposition zu gehen, als ‚falsche Bündnisse‘ zu schließen.

Jäger unterstützte Wagner bei dessen Argumentation, der CDU dürfe grundsätzlich nicht verwehrt werden, sich einen Koalitionspartner zu suchen, während dies den Sozialdemokraten zugebilligt werde.“
FR 29.03.89

Diese Unklarheiten haben scharfe Reaktionen ausgelöst.

„Durch die CDU-interne Diskussion über die Ursachen für das Abbrechen des rechten Wählerpotentials nach den verlorenen Wahlen in Berlin und Hessen sieht Lafontaine seine ‚Warnungen gegen Schwarz-Braun gerechtfertigt‘. Lafontaine befürchtet, daß die CDU, wenn der Machterhalt auf dem Spiel steht, ‚wenig Skrupel hat, mit rechtsextremen Kräften zu paktieren‘. Für den Saar-Regierungschef zeichnet sich durch Übernahme von rechten Politikinhaltungen (wie bei den hessischen Kommunalwahlen) und CDU-Diskussionen über die Rückgewinnung des rechten Wählerspektrums eine Entwicklung ab, an deren Ende die ‚Koalitionsfähigkeit‘ der rechtsextremen Parteien steht.“
Westf. Rundschau 14.02.89

Schönhuber profitiert davon. Mit Andeutungen über geheime Kontakte demonstriert er seine Koalitionsfähigkeit. Mit Lummer CDU/MdB hatte er Kontakte, wie Lummer bestätigt.

Der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Hans-Otto Wilhelm nannte Wagners Äußerungen, ‚unüberlegt‘. Er habe für die CDU in Rheinland-Pfalz klargestellt, daß eine Koalition mit den Republikanern definitiv nicht in Betracht komme.“
FR 19.03.89

„Koalition mit den Republikanern kann sich Huber nicht vorstellen, auch nicht auf kommunaler Ebene. Die rechtsgerichtete Partei und ihre Funktionäre seien ‚nicht politikfähig‘.“
dpa 13.02.89

„Die CDU muß sich überlegen, ob sie mit Hurra und Glanz untergehen will und dabei bleibt: Niemals mit Schönhuber . . . Daß sie mich nicht lieben, weiß ich. Aber: ihre Posten, die lieben sie.“
Express 07.04. 89

Stichwort: „Ende der Umerziehung“

– Die Deutschen werden wieder Deutsche –

Die Republikaner wollen mobilisieren, nicht überzeugen. Sie wollen „Deutschland und die Deutschen retten“.

Zum Spektrum der bestehenden Parteien halten sie Distanz. Sie sind keine „Bonner Partei“ (Parteiprogramm), auch keine „Altpartei“ (Flugblatt zur Wahl in Berlin).

Ihr Slogan ist „Man kann wieder wählen“, als ob die Bundesrepublik ein Einparteienstaat sei oder gewesen sei. (Wahlflugblatt in Berlin)

Ein Rettungswerk wird erst groß durch die Gefahr, der es entgegentritt. Politische Reformen greifen immer **nur Teilbereiche** auf, die Republikaner wollen den Untergang der deutschen Nation aufhalten.

Die Republikaner, aber auch ihre vergreisenden Feindpartner in der DVU/NPD, kämpfen gegen Untergang, Verfall und Überfremdung.

Der naive Glaube des „geläuterten Patrioten“ sagt, daß alles Deutsche **gut** und alles Fremde **gefährlich** ist.

Als Feinde im Inneren sind die Fremden äußerlich kenntlich und notfalls durch Paßkontrolle zu identifizieren. Der äußere Feind ist schwerer auszumachen.

Die Existenz zweier deutscher Staaten ist die zentrale Kriegsfolge, an der sich nationales Selbstbewußtsein erhitzen kann.

Daraus lassen sich Feindbilder entwerfen, ohne die Demagogen nicht wirksam werden können

- Die Siegermächte betreiben eine „gegenläufige Umerziehung der Deutschen in den Teilstaaten“. Dadurch wächst die Entfremdung. Die „gegenwärtige Bonner Deutschlandpolitik“ fördert diese Entwicklung.
„Das SED-Regime wird umworben in der trügerischen Hoffnung, die Spaltung erträglicher zu machen“. Die Teilung werde dadurch „zementiert“.
- Die europäische Gemeinschaft ruiniert die deutschen Bauern, gefährdet die harte Währung, zieht Lohnarbeit aus Deutschland ab.
- Die Mitgliedschaft in der Nato und dem Warschauer Pakt soll durch eine bewaffnete Neutralität ersetzt werden, notfalls mit atomarer Bewaffnung.

Aber leben in „der glatten amerikanisierten Bundesrepublik“ (Schönhuber) noch Deutsche?

Deutsche in der Sowjet-Union (Karaganda) sind Deutsche geblieben, sagt Schönhuber, „wir müssen erst wieder welche werden!“

Dies erfordert:

- Unsere Geschichtsbücher müssen von der Kriegspropaganda der Siegermächte gesäubert werden („Übertreibungen und Fälschungen“).
- Die Jugend muß zur „Achtung der nationalen Symbole und zur Einsatzbereitschaft“ erzogen werden.
- Der Weg zur „nationalen Selbstbesinnung“ wird uns „von der Alleinschuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges . . . freisprechen. Die Mitschuld bleibt.“

Parteiprogramme von extremistischen Parteien formulieren Andeutungen. Diese erlauben es ihren Anhängern, die Grenzen der Verfassung phantasievoll zu überschreiten, ohne ein Verbot zu riskieren. Die Republikaner betonen gern den hohen Anteil der Staatsbeamten in ihren Reihen. Schon deshalb müssen sie sich dem Verfassungsschutz entziehen. Umgekehrt betont Schönhuber diesen hohen Anteil als Beweis für seine Verfassungstreue.

Stichwort: Verweigerung sozialer Ansprüche

– Republikaner und Arbeitnehmer –

Schönhuber gibt an, 80% der mittlerweile 13 000 Mitglieder (April 89) seien „Staatsdiener“. Schon deshalb muß er vermeiden, in Verfassungsschutzberichten erwähnt zu werden.

Als Zielgruppen der Propaganda wendet sich das Parteiprogramm an Beamte (vor allem in der Polizei), Handwerker, Kleinbauern und kleine Gewerbetreibende.

Wirtschafts- und Sozialpolitik wird deshalb allgemein als Förderung des Privateigentums und der Selbstverantwortung umschrieben. Die traditionelle soziale Marktwirtschaft wird ideologisch zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft veredelt.

Der Staat der Republikaner soll die Republik der Unternehmer sein. Geformt nach einem Bild des Unternehmers aus der frühkapitalistischen Epoche, das auch für moderne Unternehmer mehr Alptraum als Wunschtraum ist.

Für Sozialpolitik bleibt eine Nische im System. „Wirklich Bedürftige werden vor Not bewahrt.“ Mit Einschränkungen soll der „moderne Staat“ geschaffen werden.

- „durch Verhinderung des Mißbrauchs sozialer Leistungen und durch Verweigerung asozialer Ansprüche auf Kosten der Leistungswilligen und zukünftigen Generationen.“

Es wäre kurzschlüssig, darin nur eine deutlichere Variante der bisherigen Politik zu erkennen. Nicht Umbau oder Abbau werden angestrebt, sondern der Sozialstaat soll eingeebnet und auf das Niveau der Armenfürsorge zurückgedrängt werden.

Diese Sozialordnung kann nur durch eine „Änderung des Bewußtseins“ verwirklicht werden. Die behutsam verschleierte Sprache des Parteiprogramms gibt ihre inhaltlichen Kerne erst durch hartnäckiges Nachfragen frei. Mehr Klarheit vermitteln Flugblätter, die von der Partei verteilt werden. Standardthesen, wie sie in alle Programme eingearbeitet werden, müssen verteilt werden.

Interessant ist nur darzustellen, auf was Arbeitnehmer sich einstellen **müssen**, wenn sie ihre Zukunft den Rechtsradikalen anvertrauen sollten.

Programm der Partei:

Zur Schaffung einer Sozialordnung werden wir für eine **Änderung des Bewußtseins Sorge tragen**, damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Leistungsgemeinschaft aller Arbeitenden hergestellt und die Arbeit neben ihren materiellen Zwecken auch als Form der Selbstbestätigung und Persönlichkeitsbildung erlebt wird. Sozialer Anspruch soll wieder in Wechselbeziehung zur eigenen Leistung stehen.

Der moderne Staat, der als hochtechnisierter Industriestaat auf Initiative und Einsatz des Einzelnen am wenigsten verzichten kann, soll durch eine freie, aber sozial verpflichtete Wirtschaft und im Wettbewerb ohne Bildung wirtschaftlicher Machtblöcke geschaffen werden.

- durch Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, welche in parteipolitischer Neutralität ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten beschränken und den Preis der Arbeit im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Vorteils behandeln,

Klartext:

Umschrieben wird damit der faschistische Begriff der **Volksgemeinschaft**. Solidarische Verantwortung wirke leistungshemmend und sei deshalb systemwidrig.

Die Gewerkschaften sollen ihr **politisches Mandat** verlieren. **Die Tarifautonomie soll vom Staat gelenkt werden**. Lohnsenkungen und Abbau der Sozialleistung sollen folgen.

Flugblatt:

- „Die **preistreibende Tarifpolitik** führt in die Sackgasse“
- „Die Republikaner werden das **Machtkartell der Tarifautonomie** . . . brechen.“
- „Umkehrung der Lohn, Lohnnebenkosten-Spirale“
- durch Begünstigung der Schaffung von Wohneigentum durch jedermann, besonders aber durch Familien mit Kindern und
- mit der Zielsetzung, Jugendlichen den Start in die Arbeitswelt zu sichern und allgemein den Arbeitslosenanteil auf ein unvermeidliches Maß zurückzuführen, werden wir
- auf der **Mobilität** von Arbeitssuchenden und ihrer Bereitschaft zum **Wechsel der Beschäftigungsart** bestehen, wobei wir nur in besonderen Härtefällen eine Unzumutbarkeit des Arbeitspostens zulassen und ein Recht auf Beschäftigung bzw. Unterstützung mit der Pflicht zur Arbeit verbinden.

Eine solche stützende Beschäftigungspolitik erfordert,

- daß die Arbeitsämter unter Anlegung strenger Maßstäbe und unterstützt durch die Arbeitsgerichtsbarkeit vorgehen und zugleich bundesweit koordinieren und vermitteln.

Kein sozialer Wohnungsbau.

Freie Arbeitsstellen (im Text Arbeitsposten) sollen generell jedem Arbeitslosen zumutbar sein. Mit der Arbeitspflicht soll ein Entzug der Arbeitslosenunterstützung begründet werden.

Stichwort: Antisemitismus

- **Herkunft erklärt alles** -

„Man muß kein Freund der Juden sein“, sagt Franz Schönhuber. Er wehrt sich aber dagegen, als Antisemit zu gelten. Wie Rechtsextremisten aber doch recht unverhohlen antisemitische Strömungen aufgreifen oder anregen, zeigt sich am Beispiel der „Nationalzeitung“ vom 21.04.89.

Was Rechtsextremisten an Charlie Chaplin stören muß, ist sein Film „Der große Diktator“. Nicht, weil er Hitler bekämpft, sondern weil er ihn bloßstellt. 1940, als der Film entstand, siegte Hitler wie nie zuvor. Die Welt hatte die Macht des Bösen erfahren, die **Banalität des Bösen** erfuhr sie erstmals von Charlie Chaplin.

Für die Nationalzeitung Anlaß genug zum Gegenangriff. (21.04.89) Chaplin: „Ein umstrittener Komiker“

- Er kam 1913 in die USA und wurde dort für den Film „entdeckt“ (Die Anführungsstriche stehen im Originaltext).
- Nach einem Zeitungsbericht ist zu vermuten, daß er „jüdischer Herkunft“ sei, obwohl dies nicht „restlos erwiesen ist“.
- Seine Mutter endete in einer „Nervenheilanstalt“.

Damit ist der Leser entsprechend eingestimmt. Doppelt belastet durch vermutlich jüdische Herkunft und geistesranke Mutter verwundert es nicht

- daß er im ersten Weltkrieg an „Propagandastreifen“ mitwirkte,
- nach dem zweiten Weltkrieg als „prokommunistisches“ und „unamerikanisches“ Element die USA verließ.

Die Nationalzeitung wirbt mit dem Slogan: „Abonnieren Sie die Wahrheit“.

Stichwort: Der Balken im Auge des Anderen

– Schönhuber und Dr. Frey –

Politisch trennt nicht vieles Republikaner und die DVU/NPD. Ideologie, Argumentation stimmen weitgehend überein.

Dennoch sagt Schönhuber:

„Ich habe keine Verbindung zu dem NS-Devotionalienhändler Frey“
(Spiegel 06.02.89)

Schönhuber hält den jüngeren Dr. Frey für den Vertreter

„einer Gruppierung, die ideologisch und biologisch zum Aussterben verurteilt ist, die alten Zeiten nachtrauert.“
(Spiegel 06.02.89)

Schönhuber trauert nicht alten Zeiten nach, aber er war (angeblich) dabei. Frey war nicht dabei, er vermarktet die Geschichte, Schönhuber seine Biographie.

Schwer vorstellbar, daß sich beide verbünden, statt sich gegenseitig die Schmutzigkeit ihrer Motive nachzuweisen.

Für Schönhuber ist Frey der „Mann aus Cham“, der als „NS-Devotionalienhändler einen Riesenprofit macht“.

Er verfolgt Schönhuber, so sagt Schönhuber, mit neurotischem Haß.

Seine Blätter „sind zu einer unerträglichen Belastung der deutschen Rechten geworden. Sie dienen als Alibi, jeden patriotischen Gedanken zu diffamieren und zu kriminalisieren“. (Schönhuber: Trotz allem Deutschland, S. 244 ff.)

Für Frey stehen die Republikaner gegen die „authentische Rechte“ (DNZ 28.04.89). „Schönhubers Polit-Opportunismus (mal für die SS, mal für Stalin, mal Brandt-Propagandist, dann Strauß-Duzfreund usw., usf.) ist ... bestens bekannt.“

Schönhuber wird, so wird geschlossen, vorgeschoben, um die Rechte zu spalten, um so die „Fortsetzung des Wendebetrugs“ zu ermöglichen.

Deshalb werde Schönhuber von der Springerpresse gefördert und vom Verfassungsschutz geschont.

Frey beneidet Schönhuber um den journalistischen, Schönhuber Frey um den kaufmännischen Erfolg. Beide erkennen helllichtig den Opportunismus des Anderen.

Auf Parteinahme kann verzichtet werden, beide dürften Recht haben.

Stichwort: Fremdenfeindschaft 1919–1933

Damals haben die Radikalen gesiegt.

Henryk Broder schreibt: „Gemeinsam ist dem Antisemitismus wie der Fremdenfeindlichkeit, daß beide das Bedürfnis befriedigen, Sündenböcke und Prügelknaben für alles Mögliche zu suchen und zu finden, von der Arbeitslosigkeit bis zum Sittenverfall, vom Anstieg des Drogenkonsums bis zum Rückgang der Geburtenquote“ (Der ewige Antisemit, 1986).

Der stets angriffsbereite Fremdenhaß kann dabei das Sprungbein wechseln.

- Sind relativ viele Fremde im Lande, wird die Belastung betont,
- sind es nur wenige, gelten sie als besonders gefährlich.

In der Republik von Weimar lag der Ausländeranteil 1925 bei 1,53 %. Der Höchststand wurde 1928 mit 236 000 Arbeitnehmern erreicht, davon 145 000 in der Landwirtschaft.

Programm der **Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)** von 1919 dazu:

„Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. **Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden.**“ (Pkt. 11)

Die Deutsche Volkspartei (DVP) sagte von sich:

„Sie will das deutsche Volk deutsch erhalten und bekämpft daher insbesondere die seit der Revolution eingetretene **Überflutung Deutschlands durch fremdstämmige Personen.**“ (ebenfalls, 1919, Pkt. 7)

Beide Parteien besetzten bis 1924 ein Drittel des Reichstages. 1924 zog erstmals die NSDAP Adolf Hitlers in den Reichstag ein. Sein Fremdenhaß ist eindeutig, nicht nur angedeutet. Er verlangt Maßnahmen statt Deklarationen.

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. **Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist . . .**“ (Pkt. 4).

„**Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern.** Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.“ (Pkt. 8)

Die drei Parteien DVP, DNVP und NSDAP gewannen bei den Wahlen folgenden Anteil der Mandate im Reichstag:

		davon NSDAP
1924	38,4 %	7,5 %
1928	28,8 %	3,2 %
1930	33,7 %	20,3 %
1932	45,9 %	38,3 %
1932	45,4 %	34,3 %
1933	53,4 %	45,0 %

Die radikalere Konkurrenz, die NSDAP, nutzte die Krisenstimmung und vernichtete die politische Mitte.

Die Anbiederung der DNVP und der DVP an die NSDAP hatte den Extremismus gefördert, statt ihn zu verdrängen.

Bonn ist nicht Weimar, aber es kann von ihm lernen.

Am 03.07.1922 teilte das Bayerische Staatsministerium des Inneren mit, daß die Regierung:

„. . . zu dem Antisemitismus als solchem **keine Stellung zu nehmen hat**“ aber sie sei verpflichtet „. . . Auswüchse zu bekämpfen, soweit sie eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedeuten.“

Wer Fremdenhaß (Antisemitismus) so hinnimmt, nimmt auch seine kriminellen Auswüchse in Kauf. Ob billigend oder mißbilligend, ist strafrechtlich, aber nicht moralisch von Bedeutung.

Stichwort: Fremdenfeindlichkeit in der BRD 1973–1988

– Die Extremisten rüsten auf –

Die Anwerbung der Arbeitnehmer im Ausland hatte bis zu ihrem Stop 1973 über den Arbeitsmarkt hinaus kaum Diskussionen angeregt.

Ebenso selbstverständlich verstand die breite Öffentlichkeit die Mitwirkung von Ausländern in der Wirtschaft als riesiges Leiharbeitergeschäft – was die Erwartung einschloß, die Arbeiter jederzeit und formlos zurückzugeben, sobald kein Bedarf mehr bestand. Die Anwerbeverträge sahen dies ausdrücklich vor.

Zunächst aber betonten hunderte Publikationen die wichtige Rolle, den unentbehrlichen Beitrag, der ausländischen Arbeitnehmer zum Sozialprodukt. Dies stimmte und stimmt auch heute noch.

Ausgeklammert blieb dabei, daß Ausländer dazu übergingen, Familien nachzuholen, Familien zu gründen und sich auf dauerhafte Niederlassung einzustellen.

Dies änderte sich mit der langsam wachsenden Arbeitslosigkeit. Die Ware Arbeitskraft überwog die Nachfrage am Arbeitsmarkt. Deshalb entstand eine Diskussion, wie dieses Angebot ausländischer Arbeit aus dem Markt zu drängen sei.

Daß Ausländer neben Arbeitsplätzen auch Wohnungen brauchen, ihre Kinder Schulen und Kindergärten besuchen, war nicht neu, wurde aber als neu entdeckt und als **Belastung der Gesellschaft** neu definiert.

Die auf den Stop der Anwerbung folgende Entwicklung war **alles andere als dramatisch** und rechtfertigte in keiner Weise, sie als Überflutung, Schwemme, Dammbruch und Springflut zu beschreiben.

Ab 1973 wuchs die Zahl der Ausländer von 4,2 Mio weiter auf 4,63 Mio (1987). (Nach der Volkszählung ist die Ausländerzahl jedoch geringer.) Die Zahl der beschäftigten Ausländer sank von 2,115 Mio auf 1,192 Mio um 922.000. Die meisten verschwanden auf Dauer vom Arbeitsmarkt, denn im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Ausländer nur um 166.000. Der Anstieg ist auch deshalb nicht dramatisch, **weil von 1973–1987 fast 900.000 ausländische Kinder in der BRD geboren wurden.**

Damit haben Ausländer den Arbeitsmarkt überdurchschnittlich entlastet und gleichzeitig die auf dem Kopf stehende Bevölkerungspyramide der Deutschen abgestützt.

Aber es zeigte sich auch, daß mit rationalen Argumenten irrationale Gegenreaktionen nicht verhindert werden können. Eine sozialwissenschaftliche Studie (Sinus) stellte 1981 starken „rechtsextremistischen Ethnozentrismus und Fremdenhaß“ fest.

Der liberale Innenminister Baum (FDP) erklärte 1982: „Gerade in der Bundesrepublik ist der Rechtsextremismus, der sich auf Ausländerfeindlichkeit konzentriert ... mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.“ 1982 erreichte bei den Kommunalwahlen die „Kieler Liste für Ausländerstop“ 3,8% der Stimmen. Auch in Hamburg trat eine Liste für Ausländerstop (HLA) an.

Sie konnten sich dabei auf das „Heidelberger Manifest“ von 16 deutschen Professoren berufen, von denen drei der CDU/CSU angehörten.

Es beginnt mit:

„Mit großer Sorge beobachten wir die **Unterwanderung** des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die **Überfremdung** unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums ...“ (1981)

(lt. Brockhaus 1988 bedeutet **Unterwanderung** „das langsame Eindringen einer fremden Bevölkerungsgruppe, die eine ansässige und herrschende Schicht zurückdrängt.“)

Am 14. 10. 1982 nahm Innenminister Zimmermann das Thema auf: „Es ist doch jedem in diesem Hause klar, daß die Zahl der Ausländer langfristig verringert werden muß. Wir haben einen besonders hohen, einen **zu hohen Anteil an türkischer Bevölkerung bei uns.**“

Am 04. Mai 1983 kündigte er den Entwurf eines neuen Ausländergesetzes – vor nunmehr sechs Jahren – an.

Barbara John, Ausländerbeauftragte (CDU) in Berlin, beklagt den „Politikverzicht“ der CDU.

„In dieser Situation nutzen auch radikale Splittergruppen ihre politische Chance ... Noch haben sie für ihre primitive Feindbildpolitik keine ausreichende Mehrheiten gewinnen können.“ (März 1988)

Erst die Wahlen in Berlin und Hessen veränderten radikal das Meinungsklima. Eine Überraschung war es nicht.

Stichwort: Fremdenhaß 1989

– Variationen der DVU –

Der Redaktionsteil der „Deutschen Nationalzeitung“ umfaßt regelmäßig 8 Seiten, weitere vier bringen Inserate, Leserbriefe und Versammlungsankündigungen.

Eine Auswertung der Ausgaben 15–17 1989 nach Artikelüberschriften demonstriert, wie Fremdenhaß zum Agitationsschwerpunkt des auflagenstarken Kampfblattes der DVU gemacht wird.

Nr. 15

Schlagzeile: Wegen EG: Freie Fahrt für Verbrecher?

Ausländer in den deutschen Staatsdienst

CDU/CSU für Ausländerwahlrecht

Scheinasylant als Bürgermeister?

Ausländer in der „DDR“

Geheimplan: CDU/CSU für Ausländerwahlrecht /S. 4

Es ist eins vor zwölf! Wie die Herrschenden bei den Themen Aussiedler und Asylanten versagen.

HLA: „Wir werden uns voll für die DVU einsetzen“ (Hamb. Liste Ausländerstop)

Nr. 16

Schlagzeile: Holt Kohl weitere Millionen Türken? Die neuen Bonner Pläne

Deutsches Geld an die Türken?

Polen-General erhält deutsche Rente

Türken in die Bundeswehr?

Nr. 17

Asylanten auf Luxusschiffen

Islam klagt gegen Bundesrepublik

Aussiedler sind keine Asylbewerber

Bundesrepublik als Einwanderungsland

Entscheiden Fremde Deutschlands Schicksal?

Stichwort: Land der Deutschen

- Hausverbot für Gäste -

Programm der Republikaner

„Die **Einwanderungswelle** der letzten Jahre hat erwiesen, daß die Gewährung von Asyl konkreter Eingrenzung bedarf“.

Von 1980–1987 sind 480508 Asylsuchende eingereist, im Jahresdurchschnitt 60000. Die Gesamtzahl aller Ausländer im Bundesgebiet nahm in der gleichen Zeit nur um 176910 zu, im Jahresdurchschnitt 22113.

Seit 1974 (Anwerbestop) stieg die Ausländerzahl von 4127366 auf 4630218 um 502852, im Jahresdurchschnitt 36000.

Im Bundesgebiet geboren, also nicht eingewandert sind 931500 (20%). 952800 sind jünger als 15 Jahre. (21%).

2764700 Ausländer leben länger als 10 Jahre in der Bundesrepublik (59,7%)

Programm der Republikaner

„Die Bundesrepublik als eines der am dichtesten besiedelten Länder Europas ist kein **Einwanderungsland**.“

Anmerkung:

Als Begriff ist Einwanderungsland unzutreffend, Arbeitnehmer aus EG-Staaten sind **berechtigt**, zuzuwandern.

95% der ausländischen Arbeitnehmer sind durch die „besondere Arbeitserlaubnis“ Deutschen am Arbeitsmarkt gleichgestellt.

„Ausländer sind Gäste“

Ausländer sind als EG-Angehörige **berechtigt** zugewandert oder sie wurden angeworben.

Sie können sich auf Niederlassungsverträge oder EG-Recht berufen (Selbständige). Sie sind hier geboren oder Familienangehörige von Arbeitnehmern.

„Dieses schließt wie in der Schweiz aus

- unbefristete Arbeitsverträge
- Konzessionsvergaben
- Daueraufenthalt
- Familienzusammenführung
- Sozialleistungsansprüche“

Das Modell der REP knüpft nicht an die Schweiz an. Vorbild ist im wesentlichen die **Ausbeutungspraxis ostdeutscher Gutsbesitzer** vor 1918 und die **Ostarbeiter-Erlasse** der Kriegswirtschaft 1939–1945. Allerdings wurden damals Ausländer nicht als „Gäste“ verspottet.

In der Schweiz sind 15% der Bevölkerung Ausländer (BRD 6,8%). Von den insgesamt 1 128 000 Ausländern sind 758 000 **niedergelassene** Ausländer (67,2%). Nur 120 000 (10,6%) sind Saisonarbeiter.

„Ausländer, die gegen Gesetze verstoßen, werden nach zeitlich befristetem Rechtsverfahren ohne Verzug ausgewiesen.“

Da alle Strafverfahren zeitlich befristet sind, kann dies nur bedeuten, daß ohne **rechtskräftiges** Urteil ausgewiesen wird. Als Hausverbot, das keiner Begründung bedarf.

Zur Rückkehr verpflichtet werden:
„nach geltendem Recht, arbeitslose Ausländer“.

Ausländer sollen ohnehin von allen sozialen Leistungen ausgeschlossen werden.

Stichwort: Mißbrauch des Asylrechts

– Falsche Schlüsse aus falschen Zahlen –

Der FDP Abgeordnete Burkhard Hirsch hat vor Ostern dem Innenminister „Verwirrung der Öffentlichkeit“ vorgeworfen, „indem er dauernd irreführende Zahlen in die Welt setzt“.

Die Statistiken des Innenministers werden seit Jahren auch von anderer Seite angezweifelt.

In der Wahlzeitung der CDU in Frankfurt:

Klare Aussagen von OB Brück:

„90 Prozent der Asylsuchenden sind inzwischen reine Wirtschaftsflüchtlinge

... Sie haben keinerlei Berechtigung, bei uns aufgenommen zu werden. Hier wird ... das Gesetz mißbraucht.“

Dies grenzt nicht nur an **Demagogie**, es ist Demagogie. (lt. Duden: „Hetzpropaganda treiben“).

Die Wahrheit ist folgende:

- Von 100 000 Asylanträgen werden 20% vor der Entscheidung des Bundesamtes zurückgenommen.
Zur Entscheidung durch das Bundesamt kommen demnach 80 000.
- In 10% stuft das Bundesamt die Antragsteller als Asylberechtigte ein. Damit verbleiben 72 000, deren Anträge abgelehnt worden sind. Ihnen steht jedoch der Rechtsweg offen.

Fest steht damit nur, daß sie kein **Asylrecht** erhalten haben.

Warum werden sie dann nicht, wie oft gefordert wird, aus der BRD ausgewiesen?

Die CDU-nahe Zeitschrift „Soziale Ordnung“ (Heft 2/89) stellt fest:

„Von den verbleibenden rd. 70% der Antragsteller, deren Antrag abgelehnt wird, konnten in den letzten Jahren stets mehr als 2/3 nicht abgeschoben werden, weil sie Flüchtlinge im Sinne der von der Bundesrepublik unterzeichneten Genfer Flüchtlingskonvention sind oder weil ihnen in ihrem Heimatland unmittelbar Gefahr für Leib und Leben drohte.

Aber die Spitzfindigkeiten unseres in den letzten Jahren ständig verschärften Asylverfahrensrechtes lassen es nicht mehr zu, daß sie bei uns als politische Flüchtlinge anerkannt werden.“

Damit verbleiben von den 90% Fällen angeblichen Mißbrauchs allenfalls noch 24 000. Aber auch sie können häufig nicht abgeschoben werden, weil:

- sie keinen, oder nur einen ungültigen Paß besitzen,
- weil ihr **Leben** oder ihre **Freiheit** wegen ihrer Rasse, Staatsangehörigkeit, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe **bedroht** sind,
- wegen **drohender Folterung**, der Gefahr einer zusätzlichen Bestrafung bis zur Todesstrafe ausgesetzt sind,
- weil sie aus **Krisengebieten** stammen (Libanon, Sri-Lanka, Iran, Irak).

Eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz hat dazu abschließend bedauernd festgestellt (13.04.1988), es liege an „rechtlich zwingenden Hindernissen, an politischen und humanitären Entscheidungen oder an organisatorischen nicht behebbaren Problemen“, wenn nicht abgeschoben werden könne.

Besser und sachkundiger kann die Behauptung vom angeblichen, massenhaften Mißbrauch des Asylrechts nicht widerlegt werden.

Stichwort: Politische Kultur

– Toleranz ist nicht teilbar –

In **Bundestagsdebatten** drücken Zwischenrufe unmittelbar aus, was in den **meist** vorbereiteten Reden oft nur verschlüsselt formuliert wird. Am 09.03. 1989, kurz vor den Wahlen in Hessen, diskutierte der Bundestag auf Antrag der GRÜNEN:

*Aktuelle Stunde
AusländerInnen-Feindlichkeit im hessischen Wahlkampf und die
Auswirkungen auf den Bund.*

Der Abgeordnete Gerster (Mainz), CDU/CSU, Ausländerexperte seiner Fraktion, sprach nicht als Diskussionsredner.

Aber zu den Reden aus den beiden Oppositionsfraktionen verzeichnet das Protokoll Zwischenrufe des Abgeordneten Gerster.

Zur Rede des Abgeordneten Kleinert (Marburg) GRÜNE:

- „Das ist doch künstliche Aufregung.“
- „Das ist doch dummes Zeug.“
- „Künstliche Aufgeregtheiten, Herr Kleinert.“
- „Schreihals.“
- „Sie sind ein kleiner Frey.“
- „Wie die Nazis im Reichstag.“

Zur Rede des Abgeordneten Reuter (SPD):

- „Das sind doch alles Behauptungen ohne Beleg! Das sind unwahre Behauptungen.“
- „Also ist das vielleicht ein Niveau.“

Zur Rede der Abgeordneten Sonntag-Wolgast (SPD):

- „Ins rot-grüne Chaos steuern.“
- „So einfach stellt sich Lieschen die Welt vor.“
- „So einfach ist das alles“.

Zur Rede der Abgeordneten Trenz (GRÜNE):

- „So verwaht wie Sie sind, ist auch Ihre Rede.“

Zur Rede der Abgeordneten Wiczorek-Zeul (SPD):

- „Das ist eine Unverschämtheit.“
- „Schämen Sie sich.“
- „Sie sollten uns noch erschießen.“
- „Nein, Sie sind verlogen.“
- „Sie sind eine scheinheilige Schlange.“
- „Ihre Rede war unanständig! Sie sollten beichten gehen, statt an die Kirchen zu appellieren.“

Stichwort: Visumzwang

Die Reisefreiheit der Reichen und der weißen Rasse.

Die BRD, die sich selbst gern als eine „weltoffene Republik“ bezeichnet, verfügt längst über ein gestaffeltes System von Abschreckungsmaßnahmen gegen Ausländer, die nicht aus Staaten der EG kommen.

- Die Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme muß vor der Einreise beantragt und erteilt werden. (Konsulat oder Botschaft) Sie wird nur erteilt, wenn der Ausländer einen Arbeitsplatz nachweist, das Arbeitsamt eine Erlaubnis zusichert und das Ausländeramt keine Einwendungen hat.
- Besucher benötigen grundsätzlich ebenfalls ein Visum. Ausnahmen werden in der Länderliste aufgeführt, als Anhang der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz.

Diese Liste macht die Freiheit einreisender Besucher zur Ausnahme. Ihre Fortschreibung ist die Geschichte von Streichungen.

Mit den Änderungen von 1989 enthält sie nur noch:

- 24 Staaten Westeuropas (sowie Malta, Zypern und Israel),
- 20 Staaten der von ausgewanderten Europäern eroberten Länder in den Erdteilen Amerika und Australien
- 2 Staaten Asiens, deren Rolle im Welthandel unbestritten ist (Japan und Südkorea).

Reisefreiheit der Afrikaner und Asiaten besteht nur für:

- Benin, Elfenbeinküste, Kenia, Niger, Malawi, Togo,
- Malaysia, Nepal, Singapur.

Ende 1987 verzeichnet die Statistik 149 000 Afrikaner und 350 000 Asiaten in der Bundesrepublik. Studenten, Diplomaten, Kaufleute, Praktikanten, Flüchtlinge, Sportler, Arbeitnehmer, insgesamt 499 000.

Nur 8,6% von ihnen stammen aus Ländern, denen wir **die freie Einreise gestatten** (42 800 insgesamt).

Die Festung Bundesrepublik hat offene Eingänge für die Weißen und die Reichen.

Wo immer in der Welt politisch verfolgt wird oder Verfolgung droht, setzen wir den Visumzwang dagegen.

Ein Visum kann nur erhalten, wer einen Reisepaß vorlegt. Es liegt demnach beim Verfolgerstaat, diese Pässe zu verweigern oder zu entziehen.

Stichwort: Multikulturelle Gesellschaft

- **Wortklauberei oder mehr?** -

Im Mai 1988 kamen die Entwürfe zu neuen Ausländergesetzen des Bundesinnenministers in die Öffentlichkeit. Ihre übergreifende Ablehnung bis in die CDU hinein beweist, daß die bis dahin erfolgreiche Geheimhaltung der Texte aus Sicht der Autoren berechtigt war.

Berechtigt, weil die politische Öffentlichkeit noch nicht genügend darauf vorbereitet war, Fremdenfeindschaft in Gesetzestexten festzuschreiben.

Die vorgegebene Begründung zu den Gesetzen befürchtet vor allem:
„Die Bundesrepublik würde sich nach und nach zu einem multinationalen und **multikulturellen Gemeinwesen** entwickeln, das auf Dauer mit den **entsprechenden Minderheitenproblemen** belastet wäre.“ (S. 23)

Keine Stadt, kein Landkreis in der BRD hat eine Ausländermehrheit aufzuweisen oder zu befürchten.

Von 1000 Einwohnern waren 1987 nur 76 Ausländer, aus vielen Nationen. In Berlin, der „Türkenstadt“, stammen von 1000 Einwohnern nur 56 aus der Türkei oder sind als Türken in Berlin geboren.

Der Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“ wurde vor fast zwanzig Jahren in die Diskussion gebracht. Als Mahnung, weil die damalige Diskussion, Ausländer nur als Arbeitskräfte, genauer als Importe zum Ausgleich des Arbeitsmarktes, aufgefaßt hat.

Ursprünglich als Begriff vor allem kirchlicher Toleranz verstanden, ist er heute zu einer Reizvokabel verkümmert, an der sich ein vermeintlich gesundes Nationalgefühl beweisen kann.

Der **bayerische Innenminister Edmund Stoiber** hat in der WELT (25. 02. 1989) dem Thema einen dreispaltigen Artikel gewidmet.

Erstaunlicherweise erwähnt er dabei das Grundgesetz und die allen Einwohnern (nicht nur Deutschen) garantierten Grundrechte nicht. Mit den Stichworten **Menschenwürde, Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des Be-**

kenntnis wird vom Grundgesetz eine Gesellschaftsordnung vorgegeben und geschützt, die ohnehin multikulturell ist, auch wenn kein Ausländer jemals eingewandert wäre.

Stoiber stellt Fragen, wo Antworten erwartet werden, dann faßt er zusammen:

„Der Gedanke einer multikulturellen Gesellschaft hat ein völlig anderes Ziel als die Integration: Gemeint ist das Nebeneinander völlig unterschiedlicher Kulturen, Rechtstraditionen, Formen des Zusammenlebens, religiöser und geschichtlicher Prägungen und Bedingungen in einer Staats- und Rechtsordnung. Das Vordringen dieses Gedankens muß vor allem als ein Zeichen dafür sehr ernst genommen werden, daß die Fähigkeit unserer Gesellschaft, Ausländer zu Hunderttausenden zu integrieren, erschöpft ist. Insofern ist der Begriff multikulturelle Gesellschaft kein neuer, hoffnungsvoller Lösungsansatz, sondern ein **ausgesprochenes Alarmsignal!**“

Erschöpft ist, was nicht gesagt wird, die Fähigkeit zur **Assimilation. Homogenität** (Gleichförmigkeit) nationaler Kultur ist ein Begriff der nationalstaatlichen Epoche, die zurückliegt und nicht wiederbelebt werden soll und kann.

Nicht die multikulturelle Gesellschaft ist „tendenziell intolerant“ – sie setzt Toleranz voraus und realisiert sie.

Es muß beunruhigen, wie sich hier politische Strömungen vereinigen.

E. Stoiber:

„Gerade im Interesse der Selbstbestimmung aller Deutschen muß das Bewußtsein nationaler Identität und Zusammengehörigkeit als politischer Faktor erhalten und sogar gestärkt werden. Mit der Einführung einer multikulturellen Gesellschaft in der Bundesrepublik würden wir uns ein für alle mal vom Gedanken der deutschen Einheit und damit der **deutschen Selbstbestimmung** verabschieden.“

DNZ 31. 03. 1989:

„Die nationale Katastrophe ist schon deshalb vorprogrammiert, weil weder die **multikulturelle Gesellschaft Interesse an der Wiedervereinigung** entwickeln wird, noch werden die Deutschen in Sachsen und Mecklenburg Lust haben, sich mit lauter Türken und Sizilianern in Niedersachsen und Mainhattan (alias Frankfurt am Main) ‚wiederzuvereinigen‘.“

E. Stoiber:

„Wie soll etwa eine multikulturelle Gesellschaft als Rechtsgemeinschaft funktionieren, wenn nebeneinander Gruppierungen mit völlig unterschiedlichen Wert- und Rechtsvorstellungen leben? Ein Rechtssystem als Friedensordnung basiert auf einem Grundkonsens über schutzwürdige Rechtsgüter und angemessene Rechtsfolgen.“

Allein ein Blick auf die völlig andersartigen Vorstellungen – etwa von **der Rolle der Frau** und der Ordnung der Familie – in außereuropäischen Ländern und Kulturen zeigt die Unmöglichkeit eines rechtlichen Grundkonsens in einer multikulturellen Gesellschaft.“

Dr. G. Frey (DVU/NPD):

„Die Türken sind ein sympathisches Volk mit vielen lobenswerten Eigenschaften. Doch – Gott hat es so gewollt, und Kohl kann es nicht ändern, sie sind Asiaten und Mohammedaner. Beides gereicht ihnen durchaus zur Ehre, so wie auch wir auf unser Volk, seine Kultur und seine Leistungen stolz sind. Doch so wie die Türken sich mit Fug und Recht dagegen verwahren würden, germanisiert und zu einem zweiten Deutschland zu werden, so wollen wir nicht die Bundesrepublik Deutschland in einen anderen und überdies uns fremden Staat umwandeln lassen.“

Es steht uns nicht zu, über fremde Religionen und Sitten ein Urteil zu fällen. Aber es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß Vorstellungswelt und Lebensart von Türken sich von denen der Deutschen – man greife nur die **Einstellung zur Frau** heraus – grundsätzlich in vielem unterscheiden.“

Stichwort: Überbevölkerung

– Der Alptraum vom Volk ohne Raum –

Die BRD sei bereits überlastet und könne keine weitere Zuwanderung verkraften. Als Maßstab für die Aufnahmefähigkeit ist die Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km²) in Industrieländern nur wenig tauglich.

Die Niederlande, Belgien und England sind stärker bevölkert als die BRD.

Einwohner pro qkm	
England	356
Belgien	321
Niederlande	411
BRD	245

Um die Bevölkerungsdichte der Niederlande zu erreichen, müßte die Bundesrepublik zusätzlich 41 Mio Menschen aufnehmen.

Dagegen rechnet die Bundesregierung bis 2030 mit einem Rückgang der Bevölkerung um 12 Mio auf 48 Mio (21 %) bis 2040 auf 37,9 Mio.

Mit dieser Bevölkerungsdichte und der erwarteten Entwicklung der Bevölkerungszahl kann die Abwehr weiterer Zuwanderung nicht glaubwürdig begründet werden.

„Wir werden langfristig nicht umhinkönnen“ prophezeite der damalige Kanzleramtsminister Schäuble 1988, „die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung, zumindest teilweise, durch einen verstärkten Zuzug von Ausländern auszugleichen.“

Stichwort: Rechtsradikalismus und Nation

– Der Drogenhandel mit Geschichte –

Was Nation eigentlich sei, beschäftigt die Wissenschaft, was deutsche Nation sei, wie sie zu erhalten sei, was sie gefährde, beschäftigt die Politiker.

Nationalbewußtsein, Nationalgefühl, Nationalstolz sollen die Deutschen bewahren, zurückgewinnen, verteidigen. Ob dies anregt zu denken, ist zweifelhaft, sicher ist, daß Gefühl politisches Denken ersetzen kann.

Deutscher ist, wer von Deutschen abstammt (Art. 116 GG). Ausländer ist, wer nicht Deutscher ist. Deutsche wie Ausländer brauchen sich.

Stolz auf Abstammung war historisch immer mit Vorrechten verbunden, die in der Demokratie nicht gelten sollen. Mit dem Stolz auf die Nation wird eine neue Aristokratie der Nationen geschaffen, mit Vorrechten und dem Bewußtsein, irgendwie überlegen zu sein – tüchtiger, reicher, gebildeter als andere Nationen.

Stolz auf Abstammung ist schlichte Dummheit. Nicht umsonst wurde angenommen, daß Stolz von lateinisch stultus = dumm abzuleiten ist.

Nationalstolz ist kollektives Selbstbewußtsein, das sich auf die Leistungen anderer beruft. Auf Kultur, die andere geschaffen haben, auf Kriege, die andere gewonnen haben, auf Technik, die andere erfunden haben, natürlich nur, wenn es Deutsche waren.

Im Nationalstolz wird die Unfähigkeit zu trauern zum positiven Erlebnis umgedeutet. Damit wird die Frage wieder politisch.

Unsere Geschichte enthält zu vieles, was Stolz nicht rechtfertigen kann. Dummköpfe bestreiten Ausschwitz, Historiker erklären es zum Normalfall. Nationale Schuld wird verrechnet, als ob es Schulden wären. Die Republikaner fordern die „Entkriminalisierung“ der Geschichte. Im Klartext heißt dies, daß Verbrechen nur subjektiv zu verstehen sind, aus dem Geist ihrer Zeit. „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ präzisiert dies Filbinger, der auch persönlich meisterhaft zu verdrängen wußte.

Rechtsextrem kann nur sein, wer logisches Denken verweigert. Sonst müßte er akzeptieren, daß zum nationalen, kollektiven Stolz auch die nationale Kollektiv-Schuld gehören muß. Aber hier setzt die Verdrängung ein.

Historisch gesehen, ist Nationalismus nicht alt. Er hat Völker und Landkarten umgestaltet, Freiheitskriege und Revolutionen gefördert. Älter ist das regionale Heimatgefühl, das den Einheimischen vom Fremden unterscheidet. Fremder ist, wer uns fremd erscheint, wer uns durch sein Verhalten befremdet.

Im Elend lebte, wer in der Fremde lebte, auch wenn er nicht arm war. Heimlich geschah, was Fremde nicht erfahren sollten.

Wissenschaftlich sprechen wir von Sozialisation. Aufgewachsen in Übereinstimmung mit der Umgebung; die Muttersprache erwerben; in der Sicherheit leben, kein Fremder zu sein. So entsteht **Identität**, mehr muß es nicht bedeuten.

Auf die Nation übertragen schlägt Identität schnell in Intoleranz um, weil sie verallgemeinert.

Edmund Stoiber (CSU):

Die Kernfragen lauten heute: Kann das deutsche Volk seine **nationale und kulturelle Identität** wahren? Oder werden wir zu einem Einwanderungsland, das nicht mehr in der Lage ist, auch unterschiedliche kulturelle und soziale Ströme aufzunehmen und die Vielfalt zur Einheit zu formen –, ohne sein Wesen aufzugeben?

Die WELT 25. 02. 89

Hier wird scheinbar unbefangen **das deutsche Wesen** wiederentdeckt. In aller Bescheidenheit, denn die Welt soll nicht mehr an ihm genesen, aber es soll auch nicht an der Welt erkranken.

Ebenso fragwürdig ist die Vorstellung von der kulturellen Einheit, die es zu formen gilt.

Kulturelle Vielfalt hat viele Jahrhunderte die Geschichte der Deutschen geprägt, bevor sie in mehreren Kriegen eine Einheit schufen und in zwei Weltkriegen wieder verloren.

Von den realen Problemen lenkt dies nur ab. Die Geschichte hat weder mit Hitler, noch mit Bismarck begonnen.

Die Zukunft wird von Wanderungen bestimmt werden, sicher nicht ohne Probleme.

Der Dichter Ernst Jünger, den Konservative gern für sich beanspruchen, hat über Deutschland in Europa geschrieben:

„Und endlich liegt auf diesem Wege allein die Heilung für Deutschland, das niemals wieder als Nationalstaat auferstehen kann.“

Wenn Stolz sein muß, sollten wir ihn in der Überwindung des nationalstaatlichen Denkens suchen.

Der Grundsatz des „Deutschland zuerst“ wird als Medikament angeboten, aber als Droge wirken. Auch die Rettung parlamentarischer Mehrheiten darf nicht zu Lasten Europas und unserer Zukunft gehen.

Nichts spricht dagegen, dem Rechtsextremismus einen sichtbaren, aber nicht ehrenvollen Platz im Museum der deutschen Geschichte zu reservieren. In Parlamente gehört er nicht.

Stichwort: Doch Einwanderungsland

– Schäuble als Querdenker –

Es war ein Herrenabend im Osnabrücker Club am 11. 12. 1987. Schäubles Vorgänger im Innenministerium beherrschte noch die Tagesordnung der Ausländerpolitik.

Schäuble referierte zum Thema:

„Älter und weniger – die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Bevölkerungsentwicklung“

Es waren Industrielle, die ihm zuhörten, und auf deren Interessen ging Schäuble ein.

„Erstens: Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nimmt ab, die Einwohnerzahl der Europäischen Gemeinschaft stagniert, während die Bevölkerung in den USA um 13 Prozent, in Japan um 6 Prozent, in der Sowjetunion um 15 Prozent und die Weltbevölkerung bis zur Jahrhundertwende um 29 Prozent wachsen wird.“

Die demographischen Probleme werden sich, sagt Schäuble, in der BRD „sehr viel früher zuspitzen“ als im übrigen Europa. Daraus folgt:

„Wir werden langfristig nicht umhinkönnen, die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung zumindest teilweise durch einen verstärkten Zuzug von Ausländern auszugleichen. Das wird schon der Arbeitsmarkt erbringen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird wachsen und damit auch die kulturellen und sozialen Probleme.“

Dies müsse über die **aktuellen** Probleme hinaus beachtet werden. Wir müßten unsere Integrationspolitik danach ausrichten.

„Das bedeutet etwa auch, daß wir nicht ausländerfeindlich werden dürfen, wozu zum Beispiel ein **unkontrollierter Zustrom** von Schein-Asylan-ten heute führen könnte.“

Schäuble bezieht sich dabei ausschließlich auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG.

Für den mittelfristig erwarteten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften erwartet Schäuble:

„Die Durchführung der Freizügigkeit innerhalb der EG ab 1992 wird weitere Ausgleichsmöglichkeiten eröffnen. Stärkerer Zuzug ausländischer Arbeitnehmer verspricht Erleichterung für die Soziallasten der Deutschen in der Bundesrepublik. Allerdings werden **Qualifikationsunterschiede** und **Sprachbarrieren** dem Ausländerzuzug Grenzen setzen.“

Insgesamt jedoch sollten wir die Chancen nicht übersehen, die sich aus einer verstärkten Binnenwanderung im EG-Bereich ergeben: **Soziale und kulturelle gegenseitige Anregungen setzen häufig Kräfte der Erneuerung frei und geben Impulse für Entwicklungen.**“

Damit werden Umriss einer **neuen reformierten Ausländerpolitik** erkennbar:

- Die Bundesrepublik muß aufnahmebereit für den Zuzug von Fremden bleiben. Dazu wird die Einwanderung aus Ländern außerhalb der EG soweit als möglich unterbunden,
- Einschränkung der Asylgarantie,
- Anwerbestop und
- Visumverweigerung.
- Die politischen Instrumente dazu werden durch den europäischen Binnenmarkt und die Schließung der Außengrenzen geschaffen.

Stichwort: Finanzierung

Nach Aussagen von Franz Schönhuber verfügen die Republikaner über ca. 13000 Mitglieder. Aus den Mitgliedsbeiträgen allein läßt sich freilich kaum der gesamte Aufwand beispielsweise der Wahlkampfkosten etc. finanzieren. Ein Auszug aus dem Parteiblatt der Republikaner weist auf die weiteren Quellen hin:

„Die REPUBLIKANER werden zur Europawahl einen außergewöhnlichen massiven Wahlkampfeinsatz im Wert mehrerer Millionen Mark einbringen!

Die Grenze für die staatliche Wahlkampfkostenerstattung liegt bei 0,5 Prozent. Für die REPUBLIKANER kein Problem. Die aufgenommenen Kredite werden aus dem Erstattungsbetrag zurückgezahlt. Die Bürgschaften, welche die Partei jetzt dringend braucht, bleiben mit Sicherheit unbeanspruch und werden nach der Europawahl sofort zurückgegeben. **Auf diese Weise wurde schon der bayerische Landtagswahlkampf 1986 erfolgreich finanziert.**

(Der Republikaner 3/89)

Bei dem Erstattungsbetrag handelt es sich um das Geld, das laut § 18 des Parteiengesetzes den bei einer Wahl kandidierenden Parteien zur Erstattung von Wahlkampfaufwendungen zur Verfügung gestellt wird.

Danach stellt der Staat pro Wahlberechtigten 5,- DM zur Verfügung.

Bei 45328000 Wahlberechtigten (Stand 1987) sind dies

226 640 000,- DM

Diese Summe wird nach dem Anteil der gültigen Stimmen verteilt an alle Parteien, die 0,5% oder mehr erreichen. (§ 18 Parteiengesetz)

Zusätzlich erhalten Parteien, die 2,0% und mehr an Stimmen erreichen, 6% der gesamten Erstattungssumme (226,64 Millionen) mit der Einschränkung, daß der Zusatzbetrag auf 80% des erzielten Anteils beschränkt bleibt. Ab etwa 7,5% Stimmenanteil erhält eine Partei die vollen 6%.

Beispielsweise heißt das für die Republikaner:

Europa-Wahl 1989: 16,1 Millionen

Wahlen 1990: 40-60 Millionen (Schätzung)

Die meisten Umfragen messen den Republikanern z. Z. Anteile von 6,0-8,0% zu. Demnach können sie 1990 mit Subventionen von 40 bis 60 Millionen DM rechnen, einschließlich der Erstattungen aus vier Landtagswahlen.

Der **Verzicht** auf Teilnahme an Wahlen kann ebenfalls Gewinne verschaffen. Die DVU/Liste D hat sich verpflichtet, der NPD 1 Million DM dafür zu zahlen, daß die NPD **nicht** an der Europa-Wahl teilnimmt.

Die DVU/Liste D erhält 3,6 Millionen DM Erstattung und ist damit wahrscheinlich die einzige Partei, deren Wahlkampfkosten die Erstattungssumme übersteigen.

Zu den Pflichten und Aufgaben der Parteien folgende Gesetzesauszüge:

Grundgesetz

Artikel 21

(Parteien)

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

Parteiengesetz

Erster Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere

auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen,

die politische Bildung anregen
und vertiefen,
die aktive Teilnahme der Bürger
am politischen Leben fördern,
zur Übernahme öffentlicher
Verantwortung befähigte Bürger
heranbilden,
sich durch Aufstellung von Bewerbern
an den Wahlen in Bund, Ländern
und Gemeinden beteiligen,
auf die politische Entwicklung
in Parlament und Regierung
Einfluß nehmen,
die von ihnen erarbeiteten politischen
Ziele in den Prozeß der staatlichen
Willensbildung einführen und
für eine ständige lebendige
Verbindung zwischen dem Volk
und den Staatsorganen sorgen.
(3) Die Parteien legen ihre Ziele
in politischen Programmen nieder.

Solange eine Partei also vom Bundesverfassungsgericht nicht als verfassungswidrig erklärt und damit verboten wird, hat sie laut Parteiengesetz Anspruch auf den entsprechenden Anteil der Wahlkampfkostenerstattung.